

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zL, vierteljährlich 16.16 zL. mit Zustellgeld 4.80 zL. Bei Postbezug monatl. 5.39 zL, vierteljährlich 16.16 zL. Unter Streifenband in Polen monatl. 8 zL. Danzig 3 G., Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr., Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile 15 gr., die einpaltige Reklamezeile 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 Da. Pl., Deutschland 10 bzw. 70 Pl., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abstellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erhalten der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Postkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 269.

Bromberg, Mittwoch den 23. November 1932.

56. Jahrg.

Die deutsche Regierungskrise unter polnischer Lupe.

In einer Berliner Korrespondenz, die vom 18. November datiert ist, die also vor den Besuchen Hitlers bei Hindenburg geschrieben war, äußert sich der „Kurjer Poznański“ über die Lage in Deutschland in sachlicher klarer Darstellung, die eine gute Beobachtung verrät. Wir wollen das gern anerkennen, trotzdem das Posener nationaldemokratische Organ sich in letzter Zeit bemüht, uns ebenso grundlos wie systematisch zu denunzieren, wobei es nicht vor tendenziösen Unschärfen und falschen Übersetzungen zurückschreckt. Hier haben wir aber einen objektiven Bericht vor uns, den wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen:

In den letzten Wochen war die politische Atmosphäre in Berlin außerordentlich gespannt. Die Enklave hing in der Luft. In solchen Zeiten bestehen immer verschiedene Tendenzen, und niemals ist man sicher, welche schließlich die Oberhand gewinnt. Man mußte nur, daß Hindenburg den verfassungsmäßigen Weg bis zum äußersten zu gehen beabsichtigt. Man rechnete damit, aber man rechnete auch mit der Möglichkeit, daß gerade dieser Gesichtspunkt an gewissen Stellen Unzufriedenheit weckt. Als vor einer Woche die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in einem Leitartikel in etwas unklarer Weise zu verstehen gab, daß gefährliche Pläne beständen, und davor warnte, die Krisenspannung bis zur Stellung des Reichspräsidenten auszudehnen, war diese Anündigung so nebelhaft, daß man sie nicht überall beachtete. Aber im Zusammenhang damit gewannen gewisse Gerüchte an Aktualität, bei denen hier und da der Name des Generals von Seeck als des etwaigen künftigen Reichspräsidenten genannt wurde. Soweit sich diese Gerüchte auf tatsächliche Angaben stützten, waren sie sehr nachzuprüfen. Aber Tatsache ist, daß es Leute gab, die den „Einsaretritt“ des Kabinetts Papen mit einer General-Attade beendigen wollten. Welche Möglichkeiten in der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts, namentlich auch in verschiedenen vertraulichen Konferenzen, erwohnen wurden, darüber herrscht Schweigen. Jedenfalls dauerten die Beratungen lange, und es traten dabei Meinungsverschiedenheiten über das weitere Vorgehen zutage. Die Worte des Führers der Reichswehr Generals von Hammerstein, die er in Nürnberg an die Soldaten gerichtet hatte,

daß sehr ernste Zeiten bevorstünden,

in denen der soldatische Geist nötiger sein werde als irgend wann, wurden mit Recht oder mit Unrecht in verschiedenen Kreisen so gedeutet, daß sie den Hintergrund der aktuellen Ereignisse beleuchteten. Es regte schließlich die Ansicht, daß der Versuch gemacht werden müsse, auf verfassungsmäßigem Wege aus der Situation herauszukommen. Was dabei ehrlich war und was Taktik, darüber herrschen verschiedene Ansichten.

Sicher ist, daß die Rücksicht auf die Person und die Meinung Hindenburgs dabei eine große und vielleicht sogar die entscheidende Rolle spielte.

Man kann auch Herrn von Papen selbst und den anderen Mitgliedern des Kabinetts ehrliche und patriotische Motive nicht absprechen. Reichskanzler von Papen betonte bereits am 8. d. Mts. auf dem Frühstück des Verbandes der internationalen Presse, daß die nationale Konzentration das Hauptziel sei, und daß es sich dabei nicht um Personalfragen handele. Wenn er mit dem Kabinett die Demission einreichte, so hat er sein Wort vollständig gehalten, obgleich er damals wohl angenommen hat, daß er diese letzte Konsequenz wohl werde vermeiden können. Der Weg zur nationalen Konzentration wurde damit ohne Rücksicht auf die Personen weit geöffnet. Da alle Regierungsstellen davon überzeugt sind, daß dieser Schritt nötig und richtig war, das ist eine andere Sache. Trotzdem muß man ohne Rücksicht auf solche oder andere Kalkülen-Berechnungen anerkennen,

daß diese Einstellung von großem Verantwortlichkeitsgefühl zeugt,

und vor allem von der Absicht, alle verfassungsmäßigen Möglichkeiten zu erschöpfen. Es kann sein, daß man es, wenn es sich lediglich um den Reichstag gehandelt hätte, nicht für nötig gehalten hätte, so vorzugehen. Sehr wichtig war hier aber auch der Standpunkt der Länder und namentlich der süddeutschen Länder, die sich entschieden einem offenen oder getarnten Staatsstreich widersetzen.

Der Schwerpunkt der Lage liegt zurzeit beim Präsidenten von Hindenburg, dann aber auch im Schoße der Parteien. Sie haben jetzt die Gelegenheit, sowohl den Reichspräsidenten wie auch das deutsche Volk davon zu überzeugen, daß ihre Opposition nicht bloß eine negative war, sondern daß sie auch fähig sind, eine Grundlage zu schaffen für eine andere Regierung, die zugleich eine Präsidial-Regierung wäre, die sich aber auch ihres (der Parteien) Verrates erfreuen würde, so daß man ihr die Arbeit ermöglichen könnte. Die Lage ist in jeder Beziehung interessant. Ein ernstes Experiment nicht bloß für die weitere Entwicklung der inneren Verhältnisse Deutschlands, sondern sogar, wenn man die Sache vom allgemeinen Gesichtspunkt betrachtet für den ganzen Parlamentarismus überhaupt. Das Rationnement derjenigen Stellen, die sich ehr-

lich entschlossen haben, den Parteien noch einmal Trümper in die Hand zu geben, ist etwa folgendes:

Gut, wir treten noch einmal zurück. Wenn wirklich eine nationale Konzentration erfolgt, die sich auf ein gemeinsames sachliches Programm stützt, so bringen unsere Personen endgültig das Opfer. Aber dafür ist das Ziel so beschaffen, daß es um das Opfer nicht zu schade ist. Wenn indessen die Gegensätze zwischen den Parteien und zwar sowohl die personellen wie auch die sachlichen, eine Einigung unmöglich machen,

dann haben wir freie Hand,

und unser Gewissen wird rein sein. Wir haben alles getan, was möglich war. Wir haben gezeigt, daß es

uns um unsere Personen nicht zu tun ist. Aber in solchem Falle wird eine Rücksichtnahme auf die Wünsche der Parteien vollständig überflüssig sein. Man wird den antiparlamentarischen Weg gehen bis zu den äußersten Konsequenzen und wird sich an nichts und an niemand kehren.

Das ist der Sinn der gegenwärtigen Kabinettskrise und der Demission Papens. Der Reichstag steht vor der letzten Prüfung. Wenn das Parlament es nicht schafft, so wird dieses Versagen für den Parlamentarismus ein Todesurteil für lange Zeit sein. Wenn man es aber schafft, so entsteht eine neue Situation, die einer besonderen Beleuchtung bedarf.“ —

Briefwechsel Hitler-Hindenburg.

Parlamentarische Regierung oder Präsidialkabinett.

Berlin, 22. November. (Eigene Drahtmeldung.) Unmittelbar nach dem gestrigen Besuch Hitlers beim Reichspräsidenten, der kaum eine Viertelstunde lang währte, haben im Hotel Kaiserhof die Beratungen Hitlers mit den nationalsozialistischen Parteiführern begonnen. An diesen Beratungen hat auch längere Zeit der ehemalige Reichsbankpräsident Dr. Schacht teilgenommen. In einer von der Nationalsozialistischen Partei veröffentlichten Erklärung wird betont, daß der Reichspräsident in dem letzten Gespräch an den Führer dieser Partei das Ersuchen gerichtet hat, bis Donnerstagabend zu erklären, ob ein von ihm gebildetes und unter seiner Führung bestehendes Kabinett eine parlamentarische Mehrheit besitze. Diesem Auftrage wurde eine Anzahl präsidialer Vorbehalte als Voraussetzung beigelegt.

Hindenburgs Vorbehalte.

Die Bedingungen, unter denen Hindenburg Hitler beauftragte, festzustellen, ob die Möglichkeit einer Kabinettsbildung auf parlamentarischer Mehrheitsgrundlage vorhanden sei, sind folgende:

1. Keine Veränderung in der Leitung des Reichswehrministeriums, um die Stabilität der Wehrpolitik sicherzustellen.
2. Keine Veränderung in der Leitung des Reichsaußenministeriums, um nicht die schwebenden internationalen Verhandlungen zu stören.
3. Fortsetzung der wirtschaftlichen Erholungs-Politik, die durch das Kabinett von Papen eingeleitet worden ist, und deshalb kein Aufschub der wirtschaftlichen Notverordnungen, die augenblicklich durchgeführt werden.
4. Vermeidung von Währungs-Experimenten, um die Wirtschaft des Reiches zu schützen, die von solchen Experimenten bedrohen könnten.
5. Fortsetzung der Reichsreform unter der grundsätzlich einheitlichen Leitung von Reich und Preußen, deshalb keine Veränderungen in dem jetzt geschaffenen Zustande.
6. Durchführung der Gesetzgebung auf dem normalen verfassungsmäßigen Wege, d. h. Gesetzgebung auf parlamentarischer Grundlage und nicht durch Notverordnungen, weil diese nur ein Ersatz der parlamentarischen Gesetzgebung sind.
7. Keine Beschränkung der Präsidialgewalt etwa durch Verminderung der Befugnisse, die im Art. 48 gegeben sind, d. h. kein Reichsgesetz, das der Anwendung des Art. 48 durch den Reichspräsidenten Grenzen ziehen könnte.

Wie versichert wird, hat Hitler zu den ihm gestellten Bedingungen zunächst keine Einwendungen gemacht. Nichtsdestoweniger wird vom Conti-Bureau betont, daß in allen politischen Kreisen, besonders aber bei den Nationalsozialisten,

die Ansichten Hitlers sehr skeptisch beurteilt werden.

Zu Falle einer negativen Antwort Hitlers wird sich der Reichspräsident, wie die Abendblätter melden, an den Vorsitzenden der Zentrums-Partei, Prälaten Kaas, mit dem Ersuchen wenden, den Versuch in der Richtung der Bildung einer ständigen parlamentarischen Mehrheit zu unternehmen. Sollte auch dieser Versuch fehlschlagen, so dürfte Hindenburg in der Überzeugung, daß er alle parlamentarischen Möglichkeiten erschöpft hat, zu der Konzeption des Präsidial-Kabinetts zurückkehren.

Hitlers Antwort.

Berlin, 22. November. (P.M.) Die Antwort Hitlers auf die Bedingungen des Reichspräsidenten von Hindenburg ist gestern abend 8 Uhr dem Staatssekretär Meißner in der Kanzlei des Reichspräsidenten durch den Reichstagspräsidenten Goering eingehändig worden. In einer Erklärung der Nationalsozialistischen Partei heißt es, daß die Antwort in die Form eines Briefes gekleidet worden sei, der eine Reihe von Fragen enthalte. Die nationalsozialistischen Kreise erwarteten die Beantwortung dieser Frage im Laufe des heutigen Tages. Die nationalsozialistische Erklärung wird in politischen Kreisen als eine Bestätigung der pessimistischen Prospektive über die Möglichkeit einer Kabinettsbildung durch Hitler aufgefaßt. Seine Taktik hält man für ein Verzöge-

rungsmanöver. In anbetraht der minimalen Chancen eines Kabinetts der nationalen Konzentration unter der Leitung Hitlers werde wiederum die Idee eines Präsidialkabinetts in den Vordergrund gerückt, das auf das Parlament nicht angewiesen wäre. Es wird hervorgehoben, daß während der Beratungen der nationalsozialistischen Führer der ehemalige Reichsbankpräsident Dr. Schacht und verschiedene andere prominente Persönlichkeiten darauf gedrungen hätten, daß Hitler Hindenburgs Bedingungen annehmen solle.

Berlin, 22. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Rückfragen Adolf Hitlers, die er gestern abend noch an Staatssekretär Meißner gerichtet hat, wurden heute vormittag dem Reichspräsidenten vorgelegt. Man ist zurzeit dabei, die Antwort abzufassen, die voransichtlich gegen Mittag dem Führer der NSDAP. übergeben werden wird.

Über den Inhalt, sowohl der Rückfragen wie der Antwort wird amtlich strenges Stillschweigen bewahrt. Es verlautet aber, daß der Kern der Rückfragen darin gehet, ob der Austrag Hindenburgs an Hitler bedeute, daß er eine Präsidial-Regierung mit parlamentarischen Bindungen bilden soll, oder ob er eine parlamentarische Mehrheits-Regierung mit Präsidial-Bindungen zu bilden habe. Man sieht offenbar bei den Nationalsozialisten auf dem Standpunkt, daß ihnen bei der Bildung einer parlamentarischen Mehrheits-Regierung nicht so weitgehende Vorbedingungen gestellt werden dürften, wie das der Reichspräsident getan hat, während für den Fall der Bildung einer Präsidial-Regierung dem etwaigen zukünftigen Kanzler erheblich größere Vollmachten gegeben werden müßten.

Goering verhandelt mit Kaas.

Berlin, 22. November. (P.M.) Im Laufe des gestrigen Tages fanden nichtoffizielle Verhandlungen zwischen Vertretern der Nationalsozialisten und des Zentrums statt. Am Nachmittag konferierten der Vorsitzende der Zentrums-Partei, Prälat Kaas, mit dem ehemaligen Reichstagspräsidenten Goering, der als Bevollmächtigter Hitlers auftrat. Das Ergebnis der Konferenz wird geheim gehalten. Pressemeldungen zufolge aber soll Prälat Kaas sich grundsätzlich damit einverstanden erklärt haben, den Nationalsozialisten in der neuen Regierung das Kanzleramt zu übertragen. Die Bedingung des Einverständnisses des Zentrums sei jedoch der Verzicht der nationalsozialistischen Partei auf die Kandidatur Hitlers. Das Zentrum nimmt für sich das Portefeuille des Innenministers in Anspruch.

Im Anschluß hieran konferierte Hitler mit dem Reichswehrminister von Schleicher. In politischen Kreisen behauptet man auch weiterhin, daß Schleicher die Kandidatur Hitlers unterstütze.

Eugenberg hat keine Teilnahme an der Konferenz mit Goering abgelehnt.

Die Deutschnationalen sind entschieden gegen die Kandidatur Hitlers für das Amt des Reichskanzlers und schlagen für dieses Amt ihren eigenen Vertreter in der Person des Freiherrn von Luehneck, des Präsidenten der Rheinischen Landwirtschaftskammer vor. Herr von Luehneck ist Anhänger der Agrar-Politik des Kabinetts des Herrn von Papen.

Vorbehalte der Bayerischen Volkspartei.

Berlin, 22. November. Eigene Drahtmeldung. Nach einer amtlichen Verlautbarung enthält das an den Staatssekretär Meißner gerichtete Schreiben Hitlers eine Reihe von Fragen, deren Beantwortung am heutigen Tage erwartet wird. Die Adressierung des Schreibens an den Staatssekretär wird von politischen Kreisen als ein Öffentlichkeitsakt angesehen, der den Zweck verfolgt, es zu vermeiden, dem Reichspräsidenten von Hindenburg direkt diese Fragen vorzutragen. Die Antwort auf diese Fragen soll ebenfalls schriftlich erteilt werden. Nach Meldungen der Eugenberg-Presse bestehen sich die Fragen Hit-

lers darauf, was der Reichspräsident unter der „gewissen arbeitsfähigen Reichstagsmehrheit“ versteht, und ferner ob die Regierung, von der die Rede ist, mit Hilfe des Art. 48 der Verfassung über den Erlass von Verordnungen durch den Reichspräsidenten arbeiten könnte.

In den Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum ist eine Unterbrechung eingetreten.

Ihre Wiederaufnahme wird vor der Klärung der in dem letzten Hitlerbrief angeführten Fragen nicht erfolgen. Besondere Beachtung findet das Verhalten der Bayerischen Volkspartei, deren Vorsitzender Staatsrat Schaeffer nach dem Empfang bei dem Reichspräsidenten nach München zurückkehrte und am Montag einen Kontakt mit hervorragenden Vertretern der Partei aufnahm, worauf er wieder nach Berlin reiste, um an der Fraktionsitzung der Bayerischen Volkspartei im Reichstage, die für heute vormittag angesetzt ist, teilzunehmen. Eine während der Verhandlungen innerhalb der Partei herausgegebene Erklärung des Vorstandes macht eine Reihe von Vorbehalten zu der Übernahme der Leitung der Regierung durch Hitler. Die Partei behält sich die Möglichkeit vor, im Falle der Betrugung Hitlers mit der Regierungsleitung mit einem Protest hervorzutreten. Die Bayerische Volkspartei stellt folgende Bedingungen: 1. Achtung der Verfassung, 2. Garantien, die es unmöglich machen, daß eine Diktatur der Nationalsozialistischen Partei entsteht, 3. Eintritt für den Schutz der Rechte der Bundesländer. Die Bayerische Volkspartei fordert ferner, daß die neue Regierung sich einer solchen Staatsordnung entgegenstellen solle, die den föderativen Grundgedanken gefährden könnte, und daß sie ihr Arbeitsprogramm vorlege.

Die Erklärung der Bayerischen Volkspartei stellt zum Schluß fest, daß die Partei sich unter keinen Umständen damit einverstanden erklären könnte, daß die Nationalsozialisten gleichzeitig die Leitung der Reichsregierung und der Preussischen Regierung übernehmen. Von diesen Fragen macht die Bayerische Volkspartei es abhängig, irgend eine Regierung unter der Leitung Hitlers zu unterstützen, bzw. zu dulden.

Deutsche Pressestimmen.

Berlin, 22. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die deutsche Presse steht im allgemeinen auf dem Standpunkte, daß in der Kabinettskrise eine so weitgehende Änderung der Lage eingetreten ist, daß die Bildung einer neuen Regierung, die sich auf eine Mehrheit vor allem der Nationalsozialisten und des Zentrums stützen würde, heute keine Aussichten auf Erfolg mehr habe. Heute wird fast ausschließlich von Kombinationen über eine neue Präsidialregierung gesprochen.

Nach der „Germania“ ist in erster Linie von den Deutschnationalen eine energische Gegenaktion gegen die Bildung einer sich auf parlamentarische Gruppen stützenden breiten Konzentration unternommen worden. Die „Deutsche Zeitung“ gibt der Überzeugung Ausdruck, daß die Nationalsozialisten ihr Ziel, in die Regierung einzutreten, nicht mit Hilfe einer parlamentarischen Mehrheit, sondern nur auf dem Wege der Mitarbeit bei der Berufung eines neuen Präsidialkabinetts erreichen könnten. Die „Berliner Börsenzeitung“ weist darauf hin, daß eine Verständigung zwischen den Deutschnationalen, den Nationalsozialisten und der Deutschen Volkspartei die beste Lösung der politischen Lage wäre. Dabei wäre die Mitwirkung des Zentrums nach Ansicht des Blattes überflüssig; denn es handle sich nicht um eine parlamentarische Mehrheit, sondern um eine neue vereinigte nationale Front. Diese Ansicht teilen die westdeutschen wirtschaftlichen Kreise.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das Organ der rheinischen Schwerindustrie, vertritt den Standpunkt, daß lediglich eine Verständigung zwischen den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen, d. h. die Harzburger Front dauernde Grundlagen für die sich auf die Autorität des Reichspräsidenten stützende Regierung sichern könnte. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meint, daß man bei der Lage nicht durch parlamentarische Mittel, sondern nur dadurch Herr werden könne, daß man sich auf die breiten Massen einer Präsidialregierung stützt. Das 12 Uhr-Blatt“ verbreitet das Gerücht, es sei in politischen Kreisen die Idee aufgetaucht, daß Staatssekretär Meißner den Kanzler-Posten übernehmen und eine Präsidial-Regierung bilden werde. Herr Meißner soll sogar schon seine Bereitwilligkeit zur Übernahme des Kanzleramtes erklärt haben. Auch der General von Seeckt wird als Kandidat für den Reichskanzler-Posten genannt.

München, 22. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Völkische Beobachter“, das Hauptorgan der nationalsozialistischen Bewegung, schreibt unter der Überschrift „Unklarheiten im Auftrage des Reichspräsidenten an Adolf Hitler“:

Wenn die gemeldeten Bedingungen des Auftrages zutreffen, dann ginge aus ihnen nicht klar hervor, welche Absicht bei der Regierungsbildung seitens des Reichspräsidenten bestünde. Ob er im Grunde genommen eine Präsidial-Regierung oder eine Parteien-Regierung will. Die Bedingungen liegen dies völlig unklar; sie seien derartig, daß eine gründliche Klärung über den Charakter der zu bildenden Regierung unvermeidlich mache. Was zunächst die Vorbehalte betreffe, daß die persönliche Zusammensetzung des Kabinetts der Zustimmung des Reichspräsidenten bedürfe, so ergebe sich die Frage, an welche Adresse sich dieser Vorbehalt richte, an die des Kanzlers, oder an die des Reichspräsidenten, der das Vertrauen der Reichstagsmehrheit haben solle.

Man könne sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Rückkehr zur parlamentarischen Regierungsreform von den Schöpfern des Gedankens nicht restlos durchdacht worden sei. Das gelte auch von den ausdrücklichen Vorbehalten, die der Reichspräsident bezüglich der Befragung des Reichswehramtes und des Außenamtes gemacht habe. Wenn der Reichspräsident ein Präsidialkabinetts wünsche, so sei ein solcher Vorbehalt diskutabel. Wenn aber der Auftrag zur Bildung einer parlamentarischen Mehrheits-Regierung erteilt werden, so sei das zum mindesten ungewöhnlich. Wenn schon auf der einen Seite die Rückkehr zur parlamentarischen Regierungsform beabsichtigt sei, dann erscheine es unpraktisch, die Lage dadurch zu erschweren, die gleichen Bedingungen zu stellen, deren Erfüllung ohne parlamentarische Mehrheit gar nicht möglich sei. Die Abänderung und Abschwächung des Art.

48, Abs. 4“ z. B. sei eine Forderung, die gerade in der letzten Zeit besonders heftig von den parlamentarischen Parteien erhoben worden sei.

„Heil Hitler!“

Wir waren sehr erstaunt, diesen Ausruf breit und fett auf der ersten Seite einer französischen Zeitung zu lesen, dazu noch in der nationalsozialistischen „Action Française“. Sie schreibt den Hitler-Gruß in ihre Ausgabe vom 19. November und läßt ihm folgende Bemerkungen folgen:

„Als Papen Kanzler wurde, wurde er in Frankreich mit solchem Enthusiasmus begrüßt, wie ein Präsident der Vereinigten Staaten. Er war sogar Hoover (im Jahre 1928) und Franklin Roosevelt (im Jahre 1932) über. Denn raunte man sich nicht die schöne Neuigkeit zu, daß Papen mit einer Rheinländerin verheiratet sei, die ausgezeichnete französische Verbindungen habe?“

„Papen geht jetzt, (ob das zum Guten ist, das ist noch unsicher), und kein Mensch bei uns bedauert es. Man scheint sich nicht einmal an die lachende Goffnung zu erinnern, die man bei seiner Ankunft an eine französisch-deutsche Idylle knüpfte. Es bleibt nichts anderes übrig, als die Hüfte zu schenken zum Zeichen der Freude, wenn man hört, daß der Marshall-Präsident endlich Hitler ein Zeichen gegeben und ihn zum Kanzler designiert hat, ihn oder einen seiner Leutnants. Das ist die Lösung, der man anscheinend jetzt zustrebt. Aber wie! Daß Deutschland zum parlamentarischen Regime zurückkehrt, darüber herrscht kein Zweifel (?). Die Nazis sind doch im Reichstag die größte Gruppe und noch mehr. Die Stimme des Volkes hat Hindenburg zur Reichspräsidentenschaft berufen. Sie hat zu mehr als einem Drittel den Reichstag mit dem erfüllt, was man die Rechtsradikale nennt. Wenn man also die Diktatur durch die Präsidial-Regierung nicht will, wird man sie wohl akzeptieren müssen von der Partei der Revolutionäre. Man wird übrigens sehen, daß man, wenn Hitler Kanzler wird, in Frankreich alle Arten von Gründen finden wird, sich darüber zu freuen. Zweifellos hat Hitler keine Familie mit französischen Beziehungen; denn er ist Junggeselle. Man wird sagen, daß er kein so schlimmer Teufel ist, wie man geglaubt hat. Man wird sich hüten, ihn den „Faschings-Arminius“ zu nennen. Man wird nur mit boshafter Miene murmeln, daß Hitler, wenn er erst einmal zur Macht gelangt ist, in acht Tagen abgewirtschaftet haben wird, (so cassera les reins), daß der alte Marshall wieder einmal eine elastische Volte gemacht hat wie an der Somme, und daß er im Interesse Frankreichs das beste Mittel gewählt hat, um sich, Deutschland, Europa, die Welt von einer schwierigen Persönlichkeit zu befreien. Inzwischen ist Hitler die Rechtsgleichheit zuerkannt worden wie sie Schleicher und Papen zuerkannt worden war, und man wird sagen, daß es eine ausgezeichnete Sache, ein geschicktes Manöver der ganz hohen Politik gewesen ist; denn eine Ablehnung hätte Hitler in seiner Stellung befestigt, der jetzt wie eine Masse vor dieser Generosität der Sieger stürzen wird.“

„Wir scherzen nicht, wir übertreiben auch nichts, wir suchen nur dem Kanzler von morgen alles das anzupassen, was für Hindenburg und für die Kanzler von gestern gesagt und getan worden ist“ — so schließt die „Action Française“ ihre ganz unberechtigt an die Adresse des übrigen Frankreich gerichtete Satyre. Dieses übrige Frankreich ist leider nicht weniger verstockt als das eben zitierte Monarchistenblatt des Herrn Léon Daudet.

Hindenburg

teilt die Gewalten in Preußen.

Auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 hat der Reichspräsident in einem Erlass, der gleichzeitig an den Reichskanzler in seiner Eigenschaft als Reichskommissar gegangen ist und der in einem besonderen Verlaufsbescheid dem preussischen Ministerpräsidenten Braun zugestellt wurde, durch Notverordnung eine Regelung für die Zuständigkeit in Preußen getroffen.

In der Begründung wird ausgeführt, daß der Reichspräsident aus den zwischen dem Lande Preußen und dem preussischen Ministerpräsidenten geführten Verhandlungen habe entnehmen müssen, daß eine Einigung über die Ausübung der Befugnisse, wie sie nach dem Urteil des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich dem preussischen Ministerpräsidenten und dem Reichskanzler als Reichskommissar zustanden, nicht erzielt worden sei. Unter diesen Umständen erschien Verwaltung und staatliche Ordnung des Landes Preußen in Frage gestellt. Dies bedeute eine erhebliche Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Er sehe sich deshalb veranlaßt, die nötigen Maßnahmen zu treffen.

In der Verordnung werden sodann die Amtsbezeichnungen geregelt, das Recht der Verordnung, die Zustimmung zu Haushaltsüberschreitungen, die Beschaffung von Geldmitteln, das Vertriebsrecht gegenüber dem Reiche, das Recht der Begnadigung, die Amtsräume (Braun erhält die Räume im preussischen Wohlfahrtsministerium), die Frage der Dienstwohnungen, die Frage der Reichsratsvertretung.

In einem Briefe an Braun weist der Reichspräsident darauf hin, daß es einer Wiedereinsetzung des preussischen Ministerpräsidenten in sein Amt nicht bedürfe und gibt Braun von den getroffenen Maßnahmen Kenntnis. Endlich bedauert der Reichspräsident, daß die bisherigen Verhandlungen zu keinem Ergebnis geführt hätten.

Dunkle Moskauer Pläne.

Die Berliner „Kreuzzeitung“ veröffentlicht den Bericht über die Sitzung des Politbureaus vom 14. August 1932 in Moskau, der ein deutliches Bild der kommunistischen Umsturzbestrebungen in Deutschland gibt, die von Moskau ideell und finanziell unterstützt werden. Das Blatt unterstreicht die Zuverlässigkeit des Berichtes und stellt weitere Veröffentlichungen in Aussicht. In der Sitzung wies der Vertreter der 3. Internationale, Manuilski, in einer langen Rede darauf hin, daß die Lage für eine nahe Revolution in Deutschland sehr günstig sei, da Not und Elend immer mehr zunehmen. Anschließend empfahl Wosowski, die KPD müsse die Lage in Deutschland mit den Methoden Hölz- und Skoblewskis ausnutzen. „In dem Moment, wo der administrative Apparat des deutschen bürgerlichen Staates schwach wird, muß man sofort die Verwirrung und den Zerfall durch die Dr-

ganisation von Streiks, Sabotage und die Anwendung der Methode des Massen- und individuellen Terrors verstärken.“ Zum Schluß der Sitzung sprach dann Stalin, der die Aufstellung umfangreicher Blutlisten in Deutschland empfahl, in denen die Namen aller derer stehen müßten, die als erste den Beginn der revolutionären Kämpfe spüren und zu deren erfolgreicher Durchführung rechtzeitig von der Bildfläche verschwinden müßten.

Unterredung Neuraths mit Simon.

Genf, 21. November. (Eigene Drahtmeldung.) Eine erste einstündige Unterredung hat am Montag nachmittag zwischen dem deutschen und dem englischen Außenminister stattgefunden, die mehr als die Einleitung der nun zu erwartenden diplomatischen Besprechungen beurteilt wird. Von französischer Seite ist bisher noch kein Schritt in der Richtung einer Einschaltung in die jetzt beginnenden diplomatischen Besprechungen über die Gleichberechtigungs-Frage unternommen worden. In maßgebenden amerikanischen Kreisen wird jetzt ein erhöhtes Interesse an einer baldigen Regelung der Gleichberechtigungs-Frage gezeigt. Man vertritt auf amerikanischer und auch auf englischer Seite die Auffassung, daß eine Behandlung der Gleichberechtigungs-Frage im Rahmen der Abrüstungs-Konferenz, im Bureau oder im Hauptauschuß nicht möglich ist, da sich der Weg einer allgemeinen öffentlichen Durchberatung der Gleichberechtigungs-Frage als viel zu umständlich und schwierig erwiesen hat. Aus diesem Grunde wird insbesondere auf amerikanischer Seite jetzt der ursprüngliche Gedanke einer

Zusammenkunft der fünf Großmächte

— England, Deutschland, Frankreich, Italien und die Vereinigten Staaten von Nordamerika — zur endgültigen Regelung der Gleichberechtigungs-Frage zur Diskussion gestellt. Es wird hierbei geltend gemacht, daß die Behandlung dieser Frage ausweglos erscheint, da auf einer Seite die Deutsche Regierung ihre Rückkehr zur Abrüstungs-Konferenz von der grundsätzlichen Erledigung der deutschen Gleichberechtigungs-Forderung abhängig macht, während die französische Regierung zunächst die Frage über die praktischen militärpolitischen Folgen einer solchen Anerkennung geklärt wissen will. Aus dieser schwierigen diplomatischen Lage bietet sich nach englischer Ansicht nur der Ausweg engerer Verhandlungen zwischen den fünf Hauptmächten, in denen sowohl die formelle als auch die materielle Seite der deutschen Gleichberechtigungs-Forderung endgültig geklärt werden könnte.

Nach französischen Mitteilungen beabsichtigt Ministerpräsident Herriot am Mittwoch früh in Genf zu einem kurzen Aufenthalt einzutreffen, um an den diplomatischen Verhandlungen persönlich teilzunehmen.

Der beliebte Gündenborf.

Das Attentat auf Herriot erzeugt eine Deutschenhege.

Paris, 21. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Erklärungen, die Ministerpräsident Herriot am Sonntag im Zusammenhang mit dem Eisenbahnanschlag bei Nancy gab, in denen er in gewissem Sinne Deutschland verantwortlich macht, werden von der gesamten Pariser Morgenpresse mit um so größerer Begeisterung wiedergegeben, als die Untersuchungen bisher zu keinerlei Ergebnissen führten. Obgleich diese Erklärungen in direktem Widerspruch zu den Tatsachen stehen, da man auch in amtlichen Kreisen der bestimmten Auffassung ist, daß es sich weniger um einen Anschlag auf das Leben Herriots als um eine wenn auch geschmacklose und gefährliche Kundgebung autonomistischer oder kommunistischer Kreise handelt, begrüssen es besonders die Rechtsblätter, endlich einen von höchster Stelle bezeichneten „Schuldigen“ gefunden zu haben. Nur der sozialistische „Populaire“ und die kommunistische „Humanité“ machen sich die Auffassung des französischen Ministerpräsidenten nicht zu eigen. Während der „Populaire“ von eigentümlichen Erklärungen Herriots spricht, bezeichnet die „Humanité“ sie als niederträchtig.

Das Wort „niederträchtig“ ist hier wohl am Platz. Es beleuchtet am besten den Dank vom Hause Frankreich für die dem Ministerpräsidenten Herriot durch Herrn von Papen jüngst verliehene Goethe-Medaille.

Protest des „Völkischen Beobachters“.

München, 21. November. (Eigene Drahtmeldung.) Zu der Erklärung Herriots anlässlich des missglückten Eisenbahn-Attentates, daß deutsche nationalsozialistische Elemente ihre Hand bei dem Anschlag in der Bretagne im Spiele hätten, protestiert der „Völkische Beobachter“ in schärfster Weise gegen den unerhörten Versuch, die N. S. D. A. P. mit dem Anschlag auf den Zug in Verbindung zu bringen. Die nationalsozialistische Partei lehne eine derartige Unterstellung aufs energischste ab.

Herriot tritt zurück?

Paris, 22. November. (Eigene Drahtmeldung.) In politischen Kreisen herrscht die Überzeugung, daß es Herriot bei der Staatshaushaltsdebatte nicht gelingen werde, sich am Staatsruhrer zu halten, und daß er auch aus diesem Grunde nicht werde nach Genf fahren können. Als künftiger Ministerpräsident wird der französische Sozialistenführer Leon Blum genannt, der auch von der linksradikalen Partei unterstützt wird.

Kleine Rundschau.

Erdstöße auch im Rheinland.

Wir berichteten gestern über Erdstöße in Holland. Wie jetzt bekannt wird, hat man derartige Erdstöße auch in ganz Westdeutschland verspürt. Die Erdstöße, die genau zwei Minuten andauerten, setzten in einzelnen Gegenden die Bevölkerung in große Aufregung. Sie waren zum Teil so stark, daß massive Häuser erzitterten, Möbelstücke schwankten und Gegenstände in Schränken umfielen und von den Regalen stürzten. Im Ruhrgebiet war das Beben von einem dumpfen Rollen begleitet gewesen.

Erinnerung

an den Durchbruch von Brzeziny.

„... Mackensen steht vor Lodz, wo sich die russischen Massen zu einem verstrickten Knäuel zusammenballen. Schon sieht es so aus, als könne sich bei Lodz ein neues Tannenberg entwickeln. Aber der äußerste linke Flügel Mackensens, der weit vorgeprallt ist, gerät seinerseits in harte Bedrängnis. Die Russen ziehen neue Massen aus Warschau herbei. Am 23. November (1914) sind das ganze XXV. Reservekorps und die 3. Garde-Division völlig umzingelt. Sie stehen bei Brzeziny und kämpfen nach allen Seiten. „Rache für Samsonow“ denken die Russen. Transportzüge für die deutschen Gefangenen wurden schon bereitgestellt.

Da machen die drei Divisionen kehrt... In der Nacht wird der Ring in Stücke gehauen. Die Divisionen bringen ihren gesamten Troß und obendrein 10 000 russische Gefangene mit.“

Werner Beumelburg
aus: „Sperrfeuer um Deutschland“.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 22. November.

Wenig verändert.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet Bewölkung bei wenig veränderten Temperaturen an.

Adventsfranz.

In den Tagen vor dem ersten Adventssonntag ging mein Großvater hinaus in den Wald und brachte frische grüne Tannenzweige mit nach Hause. Aus ihnen machte er den Adventsfranz. Wie ein kleines grünes Rad hing er zwischen den beiden Zimmern. Vier Wachskerzen trug er, sonst nichts.

Am ersten Adventssonntag zündete der Großvater die erste Kerze an, und am letzten Sonntag vor Weihnachten brannten alle vier wie goldene Blumen. Wir Kinder standen mit offenem Mund, staunten hinauf und wußten nun ganz genau: Bald ist Weihnacht...

Heute beginnen viele Menschen wieder, den vergessenen Brauch neu zu beleben. Befinnung blüht auf da und dort, auf Dinge, die mit unserer Seele zusammenhängen, mit unserem Innenleben, das von rasender Zivilisation und Geldgier und Not bei vielen arg verschüttet ist.

Es lohnt sich schon, das Geröll wegzuräumen; es lohnt sich schon, denn Blumen wachsen aus dem Grund des Herzens auf, Blüten mit unsagbar feinem Duft. Ein bißchen Andacht und ein wenig Demut muß man allerdings haben, wenn man die Blumen schauen und sich ihrer freuen will. Hängt den Adventsfranz in eure Stuben oder stellt ihn auf den Tisch! Laßt mit dem schwachen, allsonntäglichen sich verstärkenden Kerzenschein die Weihnachtsfreude in euer Heim kommen! Schämt euch nicht, mit den Kindern das Licht anzustaunen, das warme, lebendige Licht, das euch vorbereiten soll auf das große, ewige Wunder, das in den kommenden Wochen wieder Einlaß begehrt — das Wunder der stillen, leuchtenden Nacht.

Bromberg

Direktionsjg der neuen Eisenbahnlinie

Dieser Tage fanden, wie die Polnische Telegraphen-Agentur meldet, in Warschau Sitzungen des Direktions-Komitees sowie des Aufsichtsrats der polnisch-französischen Eisenbahn-Gesellschaft statt. Man beschäftigte sich mit einer Reihe von Fragen und faßte u. a. den Beschluß, die Direktion der neuen Eisenbahn-Linie Oberschlesien—Gdingen in Bromberg unterzubringen. In Gdingen soll eine besondere Zweigstelle eingerichtet werden. Die Eröffnung des Verkehrs auf der neuen Linie soll am 1. Januar 1933 erfolgen.

Der Landwirtschaftliche Ein- und Verkaufs-Verein

Bromberg hielt am 19. d. M. im Zivill Kasino seine diesjährige ordentliche gut besuchte Generalversammlung ab. Der Vorsitzende des Vorstandes, Gutsbesitzer Berendt, Pawlowke (Pawlowek), eröffnete die Versammlung um 2.15 Uhr und trug nach Begrüßung der Anwesenden den umfangreichen Geschäftsbericht vor. Hierauf legte Prokurist Marschner-Posen die Bilanz vor, und gab die Gewinn- und Verlustrechnung bekannt, die genehmigt wurde. Der Gewinn soll dem Reservefonds und der Betriebsrücklage gutgeschrieben werden. Direktor Brandt-Bromberg erläuterte die Warenumsätze vom 1. Juli bis 15. November d. J. Nach Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrats wurden die jagungsmäßig ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder, die Herren Rittergutsbesitzer Franke-Gondez, Gutsbesitzer Müller-Grenzdorf wieder- und Rittergutsbesitzer Friede-Ludwigsfelde neu in den Aufsichtsrat gewählt. Direktor Brandt hielt einen Vortrag über „den Wert und die Anbaumöglichkeiten der Luzerne“. Der Vortrag löste eine recht lebhaft und anregende Aussprache aus. Mit Dank für das zahlreiche Erscheinen und für das gezeigte Interesse schloß der Vorsitzende um 4 Uhr die harmonisch verlaufene Versammlung.

Aus dem Gerichtssaal. Der Fischer Wladyslaw Fedrajko, 36 Jahre alt, aus Buzkow, Kreis Bromberg, hatte sich wegen Brandstiftung vor Gericht zu verantworten. J. Pächter einer Fischerei in Buzkow, ist angeklagt, in der Nacht zum 24. Juni 1929 einen Schuppen, den er bei einer Krafauer Versicherungsanstalt auf 1500 Zloty versichert hatte, in Brand gesteckt zu haben, um in den Besitz der Versicherungsprämie zu gelangen. In dem Schuppen befanden sich sämtliche Fischereigeräte, deren Wert er ebenfalls mit 7500 Zloty gegen Feuer versichert hatte. Der genannten Versicherungsgesellschaft teilte er

mit, daß das Feuer durch Blitzschlag entstanden sei. Er erhielt hierauf auch die Versicherungsprämie von 3600 Zloty ausgezahlt. Später stellte es sich jedoch heraus, daß seine Angaben nicht auf Wahrheit beruhten. Am Vorabend des Brandes hatte er in Gesellschaft eines Gruzewski in einer Restauration gezecht und ist angetrunken nach Hause gegangen. Am anderen Morgen kam er aufgeregt zu dem Gastwirt und teilte ihm mit, daß der Schuppen mit sämtlichen Fischereigeräten niedergebrannt sei. Der Gastwirt sprach sein Bedauern hierüber aus, da sich in dem betreffenden Schuppen auch sein Fischnetz befand, das er sich geliehen hatte. J. beruhigte ihn, und erzählte ihm, daß er das Fischnetz versteckt habe. Sehr belastende Aussagen machte auch der Zeuge Gruzewski. J. habe eine ganze Woche hindurch versucht, ihn zum Anzünden des Schuppens zu überreden, wofür er ihm 200 Zloty versprochen. Er zeigte ihm auch eine Kanne Benzin und gab ihm die nötigen Verhaltensmaßregeln. J. befreit sich entschieden die Angaben des G. und bezieht sich auf die Tat. Er selbst habe es nicht nötig gehabt, sich durch Brandstiftung zu bereichern, da er kurz vorher sein bei Danzig gelegenes Grundstück für 2000 Dollar verkauft hatte. Dem G. habe er verschiedene Male mit Geldbeträgen ausgeholfen, so daß er ihm insgesamt 10 000 Zloty schulde. Das Gericht glaubte weder den Aussagen des Zeugen G. noch denen des Angeklagten und verurteilt J. zu drei Jahren Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren. Der Staatsanwalt hatte fünf Jahre Gefängnis beantragt.

Wegen Raubüberfalls hatten sich der 31jährige Arbeiter Ludwig Dypiański, der 29jährige Arbeiter Josef Smoska, sowie der 33jährige Arbeiter Anton Szafrański vor dem Bezirksgericht zu verantworten. Aus der Anklageschrift geht Folgendes hervor: In der Nacht zum 2. September d. J. überfielen die drei Angeklagten die Familie Rodmann, im Kreise Mogilno wohnhaft. Nach Einbruch in einen Fensterschieber brangen sie in das Schlafzimmer ein und forderten von den Eheleuten R. durch Bedrohung mit dem Revolver die Herausgabe von Geld. Sie hatten durch das Dienstmädchen, das mit Dypiański in näheren Beziehungen stand, erfahren, daß die Eheleute eine größere Summe Bargeld, 1000 Zloty, im Hause hatten. Durch Drohungen und Schläge eingeschüchtert, übergaben ihnen die überfallenen 54 Zloty in bar, sowie eine goldene Damenuhr mit Kette, Armbänder und verschiedene andere Gegenstände, im Werte von 200 Zloty. Die Täter verlangten jedoch unbedingt mehr Geld. Währenddessen gelang es, Hilfe herbeizufolen, so daß die Männer die Flucht ergriffen, wobei L. seine Mütze verlor. Die Angeklagten leugnen hartnäckig, können jedoch ihr Alibi nicht nachweisen. Von Zeugen wurden sie in der fraglichen Nacht auf dem Wege zu dem Grundstück der Familie R. gesehen. Das Gericht sah die Schuld der Angeklagten durch die Beweisaufnahme für erwiesen an und verurteilte Dypiański und Szafrański zu 5 Jahren Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre. Smoska wurde freigesprochen.

Ein Verkehrsunfall ereignete sich gestern abend gegen 6 1/2 Uhr. Der 42jährige Eisenbahnmagazintier Jan Kanik, Prinzenstraße (Lokietka) 32, befand sich um die genannte Zeit in Begleitung einer Frau auf der Berlinerstraße. Als er die Ecke Kanalstraße (Wojewódzka) erreicht hatte, mußte dort ein Lastauto einem Radfahrer ausweichen und R. wurde dabei erfaßt und überfahren. Er erlitt schwere Verletzungen, sein Zustand gibt aber zu Bedenken keinen Anlaß.

Immer neue Fahrraddiebstähle. Der Danzigerstr. 119 wohnhafte Michael Matański meldete der Polizei, daß man ihm ein Fahrrad entwendet habe, welches er unbeaufsichtigt vor dem Haupt-Postamt hatte stehen gelassen. — Das gleiche Schicksal widerfuhr Anton Weierek, dem sein Rad vom Wollmarkt gestohlen wurde.

Allerlei Diebstähle. Ludwig Salomon meldete der Polizei, daß man ihm ein Pferd im Werte von 180 Zloty gestohlen habe. — Der Frau Rosalie Pieta aus dem Kreise Culm wurde hier eine Damenhandtasche mit 100 Zloty Inhalt von einem raffinierten Diebe unbemerkt gestohlen. — Josef Buton wurde während eines Tanzvergnügens ein Mantel im Werte von 30 Zloty entwendet.

Wer sind die Besitzer? Im IV. Polizei-Kommissariat in der Thornerstr. befanden sich zwei Herrenfahrträder, die aus Diebstählen herrühren und von den rechtmäßigen Eigentümern abgeholt werden können.

Auf der Straße vom Storch überrascht wurde heute gegen 6 Uhr früh ein 26jähriger, obdachloses Dienstmädchen. Sie brach unter Geburtswehen an der Ecke Hippel- und Berlinerstraße (Kordeckiego und Sm. Trójcy) zusammen und wurde in die Städtische Frauenklinik eingeliefert.

Festgenommen wurden im Laufe des gestrigen Tages 11 Personen wegen Diebstahls und 2 wegen Trunkenheit.

Bereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Für die Ausstellung „Häusliche Kunst“ vom 1.—4. Dezember werden Anmeldungen nur noch bis zum 26. November in der Geschäftsstelle, Goethestraße 2 (ul. 20. Muzyczna 20 r. Nr. 2) angenommen. Deutscher Frauenbund. (9148)

Der Deutsche Abend am Sonnabend, dem 26. 11., hat ein besonders reizvolles Thema: „Bromberg zur Hibernierzeit“. (Br. vor 100 Jahren — Wie es aussah — Sein gesellschaftliches Leben — Charakterköpfe — Merkwürdigkeiten usw.) Rezitationen, Solo- und Chorgesänge begleiten den Vortrag Hans Machatscheks. (9252)

v. Argenau (Gniwskowo), 19. November. Der Gesangsverein in Wiesengrund veranstaltete im Hammermeisterschen Saale sein diesjähriges Wintervergnügen. Der Vereinsleiter begrüßte die anwesenden Gäste und erstattete einen kurzen Bericht über die Ziele des Vereins. Nach den Gesängen und Theateraufführungen setzte der Tanz ein, welcher alle Teilnehmer bei frohlicher Stimmung bis in die frühen Morgenstunden beisammen hielt.

ex. Exin (Kocunia), 20. November. Ein Landwirt in Schmiedeburg stellte eine gefüllte Milchkanne vor das Haus, von wo der durchfahrende Milchwagen die Milch mitnehmen sollte. Als nach einer kurzen Zeit der Wagen kam, stellte es sich heraus, daß die Kanne mit Inhalt gefüllt war. Von dem Diebe fehlt jede Spur. — Nachdem vor ca. 8 Tagen dem Landwirt Borowski in Wydatowo bei Exin ca. 30 Zentner Roggen und Weizen gestohlen wurden, wurden jetzt wieder dem Landwirt Ernst Meyer aus Malitz ca. 10 Zentner Roggen aus der Scheune gestohlen. Der Roggen war noch nicht gereinigt, und taten die Diebe dieses an der benachbarten Eisenbahnstrecke. — Den Landwirten Swiercickowski und Barzyński aus Dobiszewo wurden 17 Gänse gestohlen. Die Spuren der Diebe führten in den Wald bei Rozpeta. Nach genauer Untersuchung wurden die Gänse geschlachtet, im Gebüsch mit Moos bedeckt, gefunden.

Die benachrichtigte Polizei erwartete hier die Spitzbuben und nahm zwei Arbeiter aus Exin fest, die dem Exiner Gericht zugeführt wurden.

z. Inowroclaw, 20. November. Ein schwerer Junge stand dieser Tage vor den Schranken der hiesigen Strafkammer, der notorische Einbrecher Adam Gopak. Der 47jährige Angeklagte, der mehrfach vorbestraft ist, hatte sich wegen drei schweren Einbrüchen, die er zusammen mit Komplizen in der Umgegend von Suchatowo verübt hat, zu verantworten. Er gibt seine Schuld auch unumwunden zu, nur will er beim dritten Einbruch nicht zugegen gewesen sein, sondern nur die gestohlenen 18 Flaschen Schnaps verkauft haben. Sein Strafkonto wurde nun wegen dieser neuen Straftaten um 1 1/2 Jahr Gefängnis erweitert.

z. Inowroclaw, 21. November. Ein gewaltiges Feuer brach am Sonntag abend gegen 7 Uhr auf dem in der Nähe gelegenen Gute Komaryca, Eigentum des Herrn Jan Mielicki, aus. Als die hiesige Feuerwehr kurze Zeit später am Brandplatz erschien, stand die 150 Meter lange Scheune in einem einzigen Flammenmeer und brannte mit dem darin aufgespeicherten Getreide und Futtermittelvorräten vollständig nieder. Auch ein großer Teil landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte fiel den Flammen zum Opfer. Durch die ausströmende Hitze geriet auch ein danebenstehender Speicher in Brand, der nur durch Niederreißen einer Giebelwand gerettet werden konnte. Nach fünfstündiger Arbeit kehrte die hiesige Wehr gegen 12 Uhr nachts zurück. Der Schaden wird auf 140—160 000 Zloty geschätzt und ist nur zum Teil durch Versicherung gedeckt. Die Brandursache konnte bisher nicht festgestellt werden, doch wird Brandstiftung vermutet.

i Rakel (Raklo), 21. November. Einen schweren Sturz erlitt der Fleischermeister Julius Bartig aus Rakel. Als er nachts durch ein Geräusch erwachte und sich auf dem Flur über die Ursache desselben vergewissern wollte, stürzte er infolge einer Ohnmacht die Treppe hinunter und erlitt einen Schädelbruch. — Beim Verlassen der Kirche erlitt der greise pensionierte Lehrer Siocki einen Herzschlag und starb inmitten einer großen Menschenmenge. — Feuer brach heute früh um 4 Uhr bei dem Besitzer Balcerkiewicz in Naberch aus. Diebe, die B. berauben wollten, wurden bei ihrem Vorhaben gestört und zündeten die Scheune an verschiedenen Stellen an. Schnell griff das Feuer um sich und vernichtete Scheune und Stall mit sämtlichem Inhalt bis auf die Grundmauern. Ein Teil des Wohnhauses brannte ebenfalls nieder. Der Schaden ist sehr beträchtlich. Der Besitzer war gegen Feuer nicht versichert.

z. Posen (Poznań), 20. November. Gestern nachmittag war in einem Hause der fr. Allerheiligenstraße ein Dachstuhl and ausgebrochen, der, obgleich er von der Feuerwehr bald gelöscht wurde, nicht unbedeutenden Schaden angerichtet hat. — Abends wurde die Feuerwehr nach dem „Rustigen Städtchen“ gerufen, wo in einer Wohnung ein Gardinenbrand ausgebrochen war, der von der Feuerwehr bald gelöscht wurde.

z. Pndewitz (Pobiedziska), 21. November. Aus Rakel wurde dem Landwirt Michalowski in Forbach hiesigen Kreises gestern abend um 7.30 Uhr ein Strohschuber durch Feuer vernichtet. Der Schuber war nicht versichert. Der Schaden wird auf 100 Zloty geschätzt. — Auf dem heutigen Wochenmarkt brachte Butter 1,40—1,60, Eier die Mandel 2,50—2,70. Auf dem Schweinemarkt wurden fünf bis sechs Wochen alte Ferkel mit 28—30 und sieben bis acht Wochen alte mit 22—25 Zloty bezahlt. Kartoffeln kosteten 2,00—2,20 der Zentner.

Schulz (Solec Kujawski), 21. November. Zwistigkeiten bestanden seit einiger Zeit zwischen dem Landwirt und Hausbesitzer Stanislaw Michalowski und seinen Mietern Franz und Josef Rosiak, Anton Piekut und Stanislaw Krokos, da die letzteren keine Miete bezahlten. Als in diesen Tagen die Tochter des Hausbesizers die Wohnung verließ, wurde sie im Hausflur von den Mietern beschimpft und angefallen. Auf die Hilferufe kamen der Vater und die Brüder herbei. Es kam zu einer wüsten Schlägerei, in deren Verlauf der Hausbesitzer einen tiefen Messerstich unter dem rechten Schulterblatt erlitt, während der Sohn durch einen Messerstich eine Verletzung des Herzbeutels erlitt. Der Sohn wurde in das Bromberger Krankenhaus eingeliefert, während der Vater wegen Transportunfähigkeit der häuslichen Pflege überlassen werden mußte. Die Täter Fr. und Josef Rosiak wurden in das hiesige Gerichtsgefängnis eingeliefert.

z. Znin, 21. November. Selbstmord begangen hat in Chranowo die 27jährige Baranowski. Was die Unglückliche in den Tod getrieben hat, bedarf noch der Aufklärung.

Aus Kongresspolen und Galizien.

Das Leben schreibt Romane.

In ein Warschauer Krankenhaus wurden in einer Nacht in ganz kleinen Zeitabständen zwei lebensmüde Frauen eingeliefert, die versucht hatten, sich zu vergiften. Nachdem man den beiden die Magen entleert hatte, wurden sie in zwei nebeneinander stehenden Betten untergebracht. Zwischen den beiden knipfte sich sehr bald eine herzliche Freundschaft an. Sie erzählten einander ihr Unglück und das stellte es sich heraus, daß die eine sich aus Verzweiflung über den Verrat ihres Mannes hatte vergiften wollen und die andere wieder, weil ein verheirateter Mann sich nicht scheiden lassen wollte. Die beiden Frauen hatten einander schließlich sehr lieb gewonnen und es schien, daß eine ohne die andere überhaupt nicht mehr auskommen könnte. Bis eines Tages der Gatte der einen in die Idylle hineingelagte und es sich herausstellte, daß die beiden Freundinnen Rivallinen waren und sich eben dieses einen Mannes wegen hatten vergiften wollen.

Wasserstandsrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 22. November 1932.

Krautau — 2,97, Zawichost — 0,76, Warschau — 0,80, Biocel — 0,62, Thorn — 0,61, Nordon — 0,69, Culm — 0,57, Graubenz — 0,80, Rurzebrat — 1,03, Bielek — 0,24, Dirschau — 0,15, Einlaag — 2,04, Schiewenhorst — 2,24.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Straßer; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Döpfel; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. p. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 269.

Bommerellen.

22. November.

Graudenz (Grudziadz).

Saalsportfest des Sportclubs Graudenz (S.C.G.)

Eine reizvolle Veranstaltung bot Sonnabend abend im „Tivoli“ der Sportclub Graudenz: ein Saalsportfest. Dazu hatte sich eine zahlreiche Besucherschar eingefunden, da ein reichhaltiges, interessantes Programm geboten wurde.

Das ausschließlich dem Radsport gewidmete Programm brachte zunächst einen Her-Begrüßungsreigen der Herren, sodann einen Her-Schulreigen der Damen, ferner zwei Her-Kunstreigen (Damen bezw. Herren) sämtlich von S.C.G.-Mitgliedern vorgeführt.

Große Heiterkeit erregte eine drollige, als „Stille Pantomime“ bezeichnete und „Die Rennfahrer“ betitelte kleine Einlage.

Schließlich gab es noch ein Her-Radballspiel Posen-Graudenz, (Gebr. Peterson - Gebr. Malinowski), das mit 7:1 zu Gunsten von Posen endete, und eine Her-Radballspiel Posen-Graudenz (Gebr. Peterson, Kellermann - Gebr. Malinowski, Wodzak) mit dem Ergebnis 5:1 für Posen.

Nächstehend sei mit Anerkennung gesagt, daß der aufopferungsvolle Ernst und Eifer, mit dem die S.C.G.-Mitglieder sich den vielen anstrengenden und zeitraubenden Proben gewidmet haben, in dem flotten, schneidigen Tempo und der Reichtigkeit, in der sich die Radsportvorführungen abwickelten, ihren schönsten Lohn gefunden haben.

× Gaspreisermäßigung. Der Magistrat (Gasanstalt) gibt bekannt: Auf Grund des Magistratsbeschlusses vom 26. 10. 32 erfolgt mit dem 1. Dezember d. J. (Ablesung der Gasmesser im Dezember) folgende Ermäßigung des Gaspreises:

× Auskauf der Gewerbepatente. An den Anschlagtafeln usw. ist eine Bekanntmachung der Jzba Starbowa angehebt, in der die Inhaber von Handels- und Industriebetrieben, sowie alle industrielle Beschäftigungen ausübenden, im Bezirk der Jzba Starbowa ansässige Personen zum Erwerb der Gewerbepatente und Registrierkarten für das Jahr 1933 aufgefordert werden.

× Fußballsport. Sonntag nachmittag spielte Sportclub Graudenz (S.C.G.) mit PePeSe um die Stadtimeistereihaft und siegte überlegen mit 5:3.

Am 19. d. Mts. verstarb nach längerem mit Geduld ertragenem Leiden, wohlverstanden mit den hl. Sterbesakramenten, unser lieber Vater und Großvater, der Restaurateur Karl Franke im 79. Lebensjahre.

kann mit der vollen Mannschaft auch nicht mehr die Tore ausloten, und so endet das Spiel mit dem Siege vom S.C.G.

× Systematischer Papierdiebstahl. Buchdruckereibesitzer Wladyslaw Kullerski, Schuhmacherstraße (Szewka), zeigte der Polizei an, daß ihm aus seinem im Keller befindlichen Papierlager nach und nach erhebliche Mengen von Druckpapier entwendet worden sind.

× Ihre Paletots durch Diebstahl eingebüßt haben Martin Sieg, Wiesenweg (Druga Lakowa), sowie Alojzy Podwojski, Tuszherdamm (Tuszewska Grobla) 1.

× Nach dem letzten Polizeibericht wurde diesmal nur ein Langfinger festgenommen. Zur Bestrafung zu melden waren aber 13 Personen, darunter „nur“ 9 Radfahrer, die teils ohne Licht, teils ohne Karte gefahren sind.

Thorn (Torun).

× Von der Weichsel. Der Wasserstand ging in den letzten 24 Stunden um weitere 6 Zentimeter zurück und betrug Montag früh bei Thorn 0,68 Meter über Normal.

× Am Totensonntag hielt Pfarrer Steffani in der Halle des altstädtischen evangelischen Friedhofs eine würdige Feierstunde ab.

× Das neue Stadtviertel auf der Bromberger Vorstadt zwischen Klossmann- und Mellienstraße (ul. Krasniskiego und Mickiewicza) einerseits und Faktor- und Bendorstraße (ul. Derdowskiego und Matejki) andererseits, das ausschließlich für die Beamten der Eisenbahndirektion bestimmt ist, macht Riesenschritte.

× Selbstmord durch Erschießen verübte der in der Bachestraße (Strumykowa) 14, wohnhafte, 52jährige Kaufmann und Hausbesitzer Jan Duznak.

× Erfolgreiche Nachhilfestunden für alle Klassen d. Gymnasiums erteilt Alonowicz 43, Bohng. 3.

× Verf. Schneiderin für Kleid., Mant., Kostüm empf. i. a. u. d. Hs., auch auf Güter. 2 z. täglich. Off. unt. 2 926 an Ann.-Exped. Wallis, Torun

× Statt fünf — zwei Jahre Gefängnis. Der wegen verschiedener Diebstähle mehrfach vorbestrafte Stanislaw Cieslikowski bestahl im Oktober vorigen Jahres in einem Personenzug zwischen den Stationen Alonowo und Straszburg (Brodnica) den Koffer eines Reisenden.

× Waschen Kleider? Bei der Thorner Kriminalpolizei in der Wallstraße (ul. Waly) 10 befinden sich sechs beschlagnahmte, von Diebstählen herrührende Kleider verschiedener Farben.

× Wegen Ziegeldiebstahls hatten sich J. Kuliniski und M. Lewandowski vor dem Thorner Appellationsgericht als Revisionsinstanz zu verantworten.

× Der Polizeibericht verzeichnet drei kleinere Diebstähle, eine Unterschlagung, achtzehn Überretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften, drei Zuwiderhandlungen gegen handels-administrative und vier gegen sitten- und sanitäts-polizeiliche Anordnungen.

ef. Briefen (Wabrzejno), 20. November. Die Diebe brachen in die Reparaturwerkstätte von Gajorowski ein und stahlen 2 Fahrräder. — Im Nieluber Walde ist ein Damenrad gefunden worden, das wahrscheinlich von einem Diebstahl herrührt.

× Galmsee (Chelmza), 21. November. Ein Feuer kam Sonnabend früh gegen 4 1/2 Uhr in einem Trockenraum der Zuckersabrik aus, konnte aber sofort durch die Fabrikwehr lokalisiert werden.

in Dirschau (Szew), 21. November. Eingebrochen wurde in die Wohnung von Brzostowski. Der Täter öffnete die Doppeltüre mittels Dietrichs und durchwühlte die ganze Wohnung.

d Gdingen, 21. November. Einen großen Einbruch diebstahl verübten lektens Diebe im Magazin der Firma Heugardt und Schulz in Gdingen-Dybst. Die Täter stahlen zwei elektrische Motore, Ersatzteile eines Autos sowie vier Autoräder mit Bereifung im Gesamtwerte von 8000 Zloty.

Thorn. Graudenz.

Advertisement for Karl Franke, Restaurateur, deceased. Text: Am 19. d. Mts. verstarb nach längerem mit Geduld ertragenem Leiden, wohlverstanden mit den hl. Sterbesakramenten, unser lieber Vater und Großvater, der Restaurateur Karl Franke im 79. Lebensjahre.

Advertisement for Margarete Leid, deceased. Text: Heute um 11 1/2 Uhr entschlief sanft nach kurzem Leiden unsere liebe, gute Schwester, Schwägerin, Tante, Großtante und Urgroßtante Fräulein Margarete Leid im 65. Lebensjahre.

Advertisement for Deutsche Bühne in Graudenz. Text: Dauertwollen, ohne Elektrizität. — Gefährlos. Mehrjährige Erfahrung. Waffertwollen in exakter Ausführung. Salon A. Orlikowski, am Fischmarkt, 8630.

tafche, eine goldene Herrenuhr, ein Ring u. a. m., die aus Diebstählen herkommen. Die Geschädigten können sich an die Polizei wenden.

p. Neustadt (Wescherowo), 21. November. Gestohlen wurde einem Theofil Baran aus Parschütz und einem Wladislaw Wojtowicz je eine Uhr. Die Diebe konnten gefasst, die Uhren ihnen abgenommen und den Bestohlenen zugestellt werden. — Zwei Männer aus Grünberg stahlen der Anastasia Marzinka 13 Hühner und Leon Albecki ein Fahrrad. Sie werden sich vor Gericht zu verantworten haben.

w. Soldau (Dziadowo), 21. November. Bei der am Donnerstag auf dem Gelände des Rittergutsbesizers Walter Dener-Rutkowie hiesigen Kreises abgehaltenen Treibjagd wurden von 14 Schützen 88 Hasen und ein Fuchs erlegt. Bei der am Freitag auf dem Gelände des Rittergutsbesizers Ehrlich-Klein-Tauersee (Mala Turza) hiesigen Kreises abgehaltenen Treibjagd wurden von 14 Schützen 103 Hasen erlegt.

g. Stargard (Starogard) 21. November. Unbekannte Diebe drangen bei dem Gärtnereibesizer Czaja in der Bahnhofstraße ein und entwendeten Garderobenstücke im Werte von 100 Zloty. — Ein zweiter Diebstahl wurde bei Swazki in der Kosciuszkistraße verübt. Die Diebe entwendeten hier 10 Stück Gänse im Werte von 80 Zloty. Die Täter hat man bald feststellen können. — Dem Besitzer Robert Pellak aus Dabrowki des hiesigen Kreises wurden am 18. d. Mts. 8 Stück Halbfertigen und Eisenpfähle im Werte von 80 Zloty gestohlen. Die Diebe entkamen unerkannt.

p. Wandenburg (Wiechork), 21. November. Am Sonnabend schenkte das Gespann des Besitzers Heinrich Seehawer aus Kemperin auf der abschüssigen Nakaler Chaussee. An der Ecke Haller-Schützenstraße wurde das Gespann umgeworfen und die Insassen, Frau Seehawer und die Lehrerin Fr. Kuchs aus Kemperin, gegen den Bürgersteig geschleubert. Während Frau S. leichte Gesichtsverletzungen erlitt, trug Fr. Kuchs eine klaffende Stirnwunde oberhalb des rechten Auges davon. — In einem hiesigen Schuhwarengeschäft entwendete eine weibliche Person ein Paar braune Kinderstühle. Die Beute konnte derselben vom Inhaber rechtzeitig abgenommen werden.

Kleine Rundschau.

12 Tote bei einem Autobus-Unglück.

Bagdad, 22. November. (Eigene Drahtmeldung.) Bei Schargat wurden 12 Personen durch den Umsturz eines Überland-Dunibusses getötet. Eine der getöteten Personen, ein 12jähriges Mädchen, war von Mossul nach Bagdad unterwegs, um dort zu heiraten.

Wie im Film!

Ein internationaler Kraftwagen-Dieb gefasst.

Basel, 21. November. (Eigene Drahtmeldung.) In Zürich wurde ein internationaler Kraftwagen-Dieb und zwar der aus Stuttgart stammende Schöndelmeier verhaftet, als er mit einem gestohlenen amerikanischen Wagen im Werte von 50 000 Franken davonfuhr. Einer der ihn verfolgenden Kriminalbeamten sprang aus dem fahrenden Kraftwagen auf das Trittbrett des davonfahrenden Wagens. Der Verbrecher raste im Tempo von 120 Stunden-Kilometer durch die Straßen und versuchte, den Polizisten vom Trittbrett herunterzuwerfen. Schließlich mußte er in einer Ditchhaft halten und konnte nun festgenommen werden.

Deutsche Bücherei.

Bromberg, 22. November.

Die Bedeutung des Buches für eine Minderheit kann nicht hoch genug angeätzt werden. Es stellt die Verbindung her mit den geistigen Strömungen des Mutterlandes, es hat so vieles zu erleben, worauf eine Minderheit verzichten muß. Es ist für den Leser einer Minderheit viel mehr als für den üblichen Leser, nämlich Förderer, Anreger, Führer. Wir müssen lesen, lesen und noch einmal lesen, um unserer schönen Sprache willen, um unserer eigenen und unserer Umgebung willen. Das Wort hat seine tiefe Wahrheit, das da heißt: „Wer nicht liest, der lebt nicht.“

Und man muß Bücher besitzen. Man muß sie in seinem Schrank oder auf einem Regal in greifbarer Nähe haben. Man muß gelegentlich in einer stillen Stunde mit wissenden Fingern einen Band herausgreifen und noch einmal nachlesen, einige Seiten, einige Seiten. Dann steigen oftmals Erinnerungen in dir auf aus jener Zeit, da du dieses Buch das erste Mal in der Hand hattest. Bücher sind Freunde, Bücher sind Gefährten. Man muß sie besitzen und vorher kaufen, denn auch der Dichter, der Schriftsteller, der Buchhändler, der Verleger wollen leben. Bücher haben manchmal einen hohen Preis, zu teuer aber sind sie nie. Denn kann man eigentlich den komplizierten Vorgang bezahlen, der im Gehirn eines Menschen vor sich gegangen ist und dem ein Werk seine Entstehung verdankt?

Aber leider können wir uns nicht alles kaufen. Leider nicht. Und dann sind wir auf Büchereien angewiesen, aus denen wir uns manches holen können, was eigentlich auf unserem schmalen Bücherbrett stehen müßte, aber infolge unserer schmalen Brieftasche dort nicht stehen kann. Oder was wir erst einmal gern lesen würden, ehe wir es zu eigenem Gebrauch oder Geschenkzwecken kaufen wollen.

Wir sind hier in Bromberg und Gott sei Dank auch in einer ganzen Reihe anderer Orte unseres Teilgebiets mit einer erfreulich reichhaltigen Bücherei gesegnet. In Bromberg befindet sie sich im Gebäude des Zivilkassinos, Danzigerstraße, als Bücherei der Deutschen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft, die für jedermann zugänglich ist. Aus kleinen (auch wie kleinen!) Anfängen hervorgegangen, nimmt sie heute eine Reihe von Zimmern ein. Ihre Regale biegen sich unter der Last einiger Tausend Bücher, so daß man Eisenträger in die Decke einlassen mußte, die die Regale halten.

In der Abteilung Sprach- und Schriftkunde finden wir Werke über Schrift- und Buchwesen, Buchdruck, Papierkunde, Buchhandel, Presse, Wörterbücher. Wer sich mit Literaturkunde beschäftigt, kann sich Werke über deutsche und fremde Literaturkunde anschauen. Sehr reichhaltig ist die Abteilung Geschichte, die zahlreiche Werke der Weltgeschichte, der Geschichte Deutschlands, Polens, Danzigs usw. enthält. Weitere Abteilungen sind: Kulturkunde, Religion und Kunst, Philosophie,

Ein schreckliches Verbrechen.

Paris, 22. November. (Eigene Drahtmeldung.) In dem Dorfe Roye in der Nähe von Arranches bewohnte eine Landarbeiter-Familie mit ihrer fünfjährigen Tochter und dem 65jährigen Vater der Frau ein kleines Haus. Zwischen dem Ehegatten und dem alten Manne gab es dauernd Streitigkeiten. Am Montag stürzten sich die Landarbeiter und seine Frau auf den alten Mann und erdrosselten ihn. Die fünfjährige Tochter des Ehepaares, die das Verbrechen gesehen hatte, wurde sodann von ihrem Vater in den nahen Wald geführt und an einem Baum aufgehängt, um dadurch einen unbedenklichen Zeugen zu beseitigen. Ortsbewohner fanden den Leichnam des unglücklichen Kindes und benachrichtigten die Polizei, die dann das ganze Verbrechen aufdeckte.

Riesenbrand im Amsterdamer Hafen.

Amsterdam, 22. November. (Eigene Drahtmeldung.) In Amsterdam wütete im Hafen ein großer Schiffsbrand, der nach 180stündiger Dauer gelöscht werden konnte.

Der Tod im Eismeer.

Amtlich wird aus Moskau gemeldet, daß der Eisbrecher Nr. 9, der am 24. Oktober aus Archangelsk nach dem Nordpol auslief, keine Nachricht mehr von sich gegeben hat, trotzdem er mit einer Funkanlage ausgerüstet war. Am 1. November haben zufällig mehrere Schiffe acht Leichen aufgefischt, die als zur Besatzung des Eisbrechers Nr. 9 gehörig festgestellt wurden. Es wurde dann amtlich festgestellt, daß der Eisbrecher Nr. 9 mit seiner Besatzung von 30 Personen untergegangen ist.

Rundfunk-Programm.

Donnerstag, den 24. November.

Königsbrunnshausen.

06.35—08.00: Von Leipzig: Konzert. 09.00—09.40: Von Hamburg: Schulfunk. 10.10—10.35: Schulfunk. C. J. Köhler: Duer durch Indien. Erlebnisse auf einer Fahrt von der Südspitze bis an die afghanische Grenze. 11.00—11.15: Deutscher Seewetterbericht. 12.00: Wetter. Anschl.: Puccini: „Madame Butterfly“, II. Akt (Schallplatten). 14.00: Von Berlin: Konzert. 15.00: Musikalische Kinderstunde. Dr. Thea Döpper: Wir singen Flöten und lernen hören und musizieren. 15.45: Frauenbücherei-Stunde. 16.00: Pädagogischer Funf. Dr. jur. Hans Raupach: Gegenwärtiger Stand und pädagogische Bedeutung des Arbeitsdienstes. 16.30: Von Berlin: Konzert. 17.30: Prof. Bastian Schmidt: Myriaden Seelen (eine tierpsychologische Betrachtung). 18.00: Musikalische Zeitspiegel. Eta Harich-Schneider: Zeitgenössische Cembalo-Musik. 18.30: Volkswirtschaftsfunk. Staatssekretär a. D. Prof. Dr. August Müller: Kaufkraftbelegung und Krisenüberwindung. 18.55: Wetter. Anschl.: Kurzbericht des Drahtlosen Dienstes. 19.00: Stunde des Landwirts. Hr. Pabberg: Buchführung und Wirtschaftserfolg. 19.25: Dr. Rudolf Pögel: Für und wider. Wegweiser durch die Zeit. 19.40: Zeitdienst. 20.00—21.45: Übertragung von Rangenberg: Operettenmusik. (Einlage etwa 20.30: Hörjungen von Wilhelm Schmidt-Bonn.) 21.45: Von Budapest: Zigeunermusik. 22.15: Wetter, Nachrichten, Sport. 22.30: Von Budapest: Zigeunermusik. 22.45: Deutscher See-Wetterbericht. Anschl. bis 24.00: Von Hamburg: Deutscher Tanz von 1900 bis 1932.

Breslau-Gleiwitz.

06.35: Von Leipzig: Konzert. 09.00—09.45: Von Hamburg: Gemeindefunkprogramm der deutschen Schulfunksender. 11.30 ca.: Fünfzehn Minuten für die Landwirtschaft. Kurt Schroedch: Betriebswirtschaftliches zur Zuckerrübenbaubegrenzung. 11.30: Konzert. 12.05: Wiltbäder-Konzert. 14.05: Schallplatten. 15.50: Buch des Tages. 16.15: Unterhaltungskonzert. 17.00: Kinderfunk. 17.30: Alte italienische Flötenmusik. Einführung: Hermann Janke. Hermann Janke, Flöte; Kurt Hartwig, Cembalo. 18.00: Die Abwehr des Russeneinfalls in Schlesien. 18.20: Zeitdienst. 18.35: Stunde der Arbeit. 19.00: Reden zur religiösen Pöge. 19.30: Wetter. Anschl.: Abendmusik. 20.15: Konzert.

Schles. Philharmonie. Stg.: Bzfr. 21.10: Die Musik der Oper „Bar und Zimmermann“. Komische Oper in drei Akten von Albert Lortzing.

Rönigsberg-Danzig.

06.35—08.15: Von Leipzig: Konzert. 09.00: Von Hamburg: Schulfunk. 11.30: Von Breslau: Konzert. 12.05—14.30: Unterhaltungskonzert. 15.30: Kinderfunk. 16.00: Von Danzig: Jugendstunde. 16.30: Nachmittagskonzert. 17.45: Zeitschriftenschau. 18.30: Landwirtsfunk. 19.00: Ehepartnerkreuz bei der Preis-Reval: Notprobleme der baltischen Staaten und ihres Deutschums. 19.25: Englisch für Anfänger. 19.50: Wetter. 20.10: Schicksalsstunden der deutschen Geschichte. Prof. Dr. Hans Rothfels: Friedrich der Große. 20.40: Kette. Schauspiel von Hermann Burck. 21.40: Abendkonzert. Dra. des Königsb. Opernhäuses. 22.40: Wetter, Nachrichten, Sport.

Warschau.

12.10: Schallplatten. 12.35—14.00: Aus der Philharmonie: VIII. Konzert für die Schulfunk. 15.50: Schallplatten. 16.30: Schallplatten. 17.00: Kammermusik. Beethoven: Streichquartett, Op. 18, Nr. 6 (Schallplatten). 18.00: Leichte Musik. 20.00: Leichte Musik. Funkorch. Dir. Nowotz, Salecki, Tenor. 22.15: Tanzmusik. 23.00—23.30: Tanzmusik.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

L. in Br. Der Hausbesitzer ist zu solchen Auflagen für Untermieter nicht berechtigt. Wenn eine solche Forderung sich bei bisher bei Ihnen in bestehenden Grenzen hält, so kann man darüber hinwegsehen, sonst aber brauchen Sie sich das nicht gefallen zu lassen. Und auch der Vermieter sollte sich hüten, Forderungen zu stellen, die nicht anders als wie eine Umgehung des Mietrechtsgesetzes aufgefaßt werden müßten, die bekanntlich strafbar ist.

„Adolar“. Eine gesetzliche Verpflichtung, die Schwiegereltern zu unterhalten, besteht weder hier noch in Deutschland. Dagegen ist der Sohn oder die Tochter zum Unterhalt der Eltern gesetzlich verpflichtet, wenn die letzteren selbst nicht in der Lage sind, für ihren Unterhalt zu sorgen. Was der zum Unterhalt Verpflichtete ist, ob Staatsbeamter oder sonst was, ist gleichgültig, und ebenso gleichgültig ist es, wo die Unterhaltungsbedürftigen leben, ob in Polen oder in Deutschland.

„Erbkassat“. 1. Ihre Anfrage wurde in Nr. 254 vom 5. November wie folgt beantwortet: „Ein Anspruch aus einem familienrechtlichen Verhältnis, wie es hier offenbar vorliegt, unterliegt überhaupt nicht der Verjährung. 2. Wir glauben, daß eine solche Anfrage kostenlos beantwortet werden würde.“

Elisabeth in P. Der Schuldner braucht nur den Zinssatz zu bezahlen, der seinerzeit bei Eintragung der Schuld vereinbart worden ist. Eine Erhöhung des Zinssfußes ist erst möglich, wenn das Kapital durch Kündigung fällig geworden ist und der Schuldner es weiter behalten will. Der höchstzulässige Zinssatz ist jetzt 12 Prozent.

J., Gradzki. Sie müssen sich schriftlich an das Patentamt in Warschau wenden mit einem entsprechenden Antrage, und zwar an die Abteilung für Anmeldungen. Die Meldung muß enthalten die Bezeichnung der Erfindung, Namen, Vornamen und Wohnort. Der Meldung muß in doppelter Ausfertigung eine so genaue Beschreibung der Erfindung beigelegt werden, daß jeder Fachmann sie sofort in der Praxis anwenden kann. Endlich muß eine Duitung der Sache vorgelegt werden über die bezahlte Gebühr für die Meldung. Diese Gebühr beträgt 15 Zloty.

S. R. 999. 1. Sie können die nächste Instanz erst in Anspruch nehmen, nachdem die erste gesprochen hat. Es bleibt Ihnen nichts übrig als zu warten. Was die Höhe der Miete anlangt, so kann, wenn die Auskunft des letzten Vorfragsmeters als richtig anerkannt wird, und die 12 Arbeitstage mit rund 30 M. in Anrechnung gebracht werden, die Gesamtmiete mit 115 Mark = 141,45 Zloty jährlich angenommen werden. Diesen Betrag könnten Sie jährlich für alle die Jahre mit Zinsen vom Tage der Klageeinreichung verlangen. 2. Wegen der beiden anderen Anfragen müssen wir Sie auf den Infortateil verweisen. Wir sind nicht fachmännisch genug, um derartige technische Fragen begutachten zu können. Die Schriftführung scheint nach unserer Wahrnehmung etwas aus der Mode gekommen zu sein.

„1932“. 1. Die Nummer 40 600 des Auslieferungsrechtes ist gezogen worden, die anderen Nummern nicht. 2. Weshalb die Gesellschaft nicht antwortet, wissen wir nicht; vielleicht fragen Sie nochmals deshalb an. Eine Duitung brauchen Sie nicht, da ja der Postanweisungsschnitt eine vollwertige Duitung ist.

Rechtswissenschaft (Staat und Gesellschaft), Erd- und Völkerkunde, die umfangreich ausgestattete Naturwissenschaft und schließlich Technik, die neueste Werke auch über Film, Rundfunk und Verkehr enthält. Ein besonderer Katalog unter dem Titel: „Charaktere und Schicksale“ weist Werke auf von und über Persönlichkeiten aus Dichtung, Staatswesen, Kunst, Philosophie und Wirtschaft. Und ganz besonders groß ist der Bestand an unterhaltenden Werken. Hier findet jeder, was er sucht. Und besonders erfreulich ist, daß sich darunter auch sehr viele Neuerscheinungen befinden. Es würde zu weit führen, auf Einzelheiten oder Werke einzugehen. Man kann behaupten, daß der Bogen sehr weit gespannt wurde, so weit, daß alle Bevölkerungsschichten und Bildungsgrade darunter Platz und eine passende Lektüre finden. Es ist eine sehr wertvolle Arbeit, die hier in diesen Räumen geleistet wird und die in ihrem wesentlichsten Teil, der Erziehung zum guten Buch und kritischen Leser, nicht durch Statistiken erfasst werden kann.

Aber nicht nur Bücher gibt es in der Bücherei. In einem Lesezimmer liegen zahlreiche Zeitungen zur Einsicht aus. Da sind wohl alle deutschen in Polen erscheinenden Zeitungen zu haben, viele reichsdeutsche und zahlreiche auslandsdeutsche Blätter stehen dem Leser zur Verfügung, desgleichen eine kleine Handbücherei mit verschiedenen Nachschlagewerken, über Geschichte, Kunst und Literatur, fremdsprachige Wörterbücher, ein Konversationslexikon. Im Zeitschriftenzimmer findet der Leser auslandsdeutsche und politische Zeitschriften, ferner literarische Zeitschriften (Neue Literatur, Deutsche Literatur, verschiedene Monatshefte, Neue Rundschau), technische und naturwissenschaftliche Blätter, Kunstzeitschriften (Die Kunst, und Innendekoration, Zeitschrift für Musik) und schließlich viele unterhaltende Blätter.

Es gibt also eine Menge zu lesen in der Bücherei. Und wer die langen Winterabende nutzbringend durch gute Lektüre verbringen will, der kann sich dort gut beraten lassen.

Büchertisch.

Gerd Heinrich: Der Vogel Schnarch.

Kallensang und Urwaldforschung in Celebes. Bln. 1932. Verlag Dietrich Reimer. 8°. 198 S. 63 Abbildungen. In Ganzleinen 4,80 Rmk.

Heinrich ist uns Brombergern nicht unbekannt. Über seine abenteuerreiche Forschungsreise nach dem Gebirgsgebirge in Nordpersien, die er zusammen mit seiner Frau erfolgreich durchführte und die ihm in weiteren wissenschaftlichen Fachkreisen einen Namen verschafft hat, erzählte er uns vor 5 Jahren in einem auch formal ansprechenden Vortrag der „Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft“.

Im Frühjahr 1930 bezog sich Heinrich, wie wir früher bereits berichteten, auf eine große Expedition nach der noch

fast unerforschten indischen Insel Celebes. Als Präparatorinnen begleiteten ihn seine Gattin und deren Schwester Rieselotte Wachtsched. Der Expedition war die Aufgabe gestellt, eine verschollene Rallenart wiederzufinden, einen Raufvogel, von dem erst einmal, vor mehr als 30 Jahren, ein Vertreter von den deutschen Forschern Carrasin in den Sumpfwäldern von Celebes erbeutet worden ist. Aber diese Ralle war für den Forscher nicht das Wichtigste, doch sie bot dem verarmten Mitteleuropäer die materielle Unterlage, um die unbekannte Fauna jener fernen Insel gründlich zu durchforschen. Heinrich schreibt über die Aufgabe, die ihn erwartete: „Die Insel Celebes mit ihren bizarren 4 Gliedmaßen bildet für die Zoologen eines der interessantesten Gebiete der Erde überhaupt. Wie ihre Oberfläche sind nämlich auch ihre Tierarten vielfach gegliedert in ganze Ketten, zum Teil stark voneinander abweichender Rassen. Die Erforschung ihrer Verteilung auf die einzelnen Gebiete der Insel läßt Schlüsse zu, die parallel den geologischen Forschungsergebnissen, sich auf die Entstehungsgeschichte von Celebes beziehen.“ In der Tat hat Heinrich seine Aufgabe hervorragend gelöst und nicht nur unter unbeschreiblichen Mühen und Gefahren die sagenhafte Urwaldbralle erbeutet, sondern auch eine Reihe neuer Tiergattungen entdeckt, so daß der führende deutsche Ornithologe Prof. Stresemann der Rufos des Berliner Museums, sagen konnte, man wisse jetzt über Celebes besser Bescheid, als über die doch als hinreichend erforscht geltenden anderen Teile Indiens. Nicht nur die deutsche, die holländische und die amerikanische Presse haben über den Verlauf der Expedition berichtet. Für uns hat diese erstaunliche wissenschaftliche Leistung, die an die Beteiligten außerordentliche geistliche und körperliche Anforderungen stellte, noch deshalb eine besondere Reiz, weil alle drei unsere engeren Landsleute sind: Heinrich ist in Pommernellen zu Hause, die beiden Frauen sind gebürtige Brombergerinnen.

Auf Einladung des Verlages Dietrich Reimer, der uns auch die bekannten bebilderten Tierbücher des Schweden Bengt Berg vermittelt hat, hat Heinrich nun die Ergebnisse der Expedition für den Laten in Buchform dargestellt. Es sei gleich bemerkt, daß das Buch frei ist von jener ledernen Trockenheit, die die wissenschaftlichen Werke oft für den Laten so ungenießbar macht. Es ist alles lebendig und anschaulich, und wir erleben beim Lesen alle Freud und alles Leid dieser ungewöhnlichen Expedition gespannt mit. Die Lichtbilder sind vorzüglich. Das Buch ist leicht und gut geschrieben, es ist frei von aller Selbstbeweihräucherung und Sensationsmache. Den literarischen Wert muß man der Darstellung unbedingt zuerkennen, ja man könnte geneigt sein, sie neben unsere klassischen Reisebeschreibungen zu stellen. Denn es wird nicht nur formal ansprechend geschrieben, sondern es wird uns auch plastische Anschauung von Land und Leuten so deutlich vermittelt, wie es eine Reisebeschreibung eben soll. Wir glauben, daß jeder, der dies Buch liest, aufrichtige Freude daran haben wird.

Wie Kanzler stürzen.

Von Bismarck bis Papen.

Der zurückgetretene Regierungschef von Papen war der erste Reichskanzler der Republik. Er stand an der Spitze des 14. Reichskabinetts; denn drei seiner Vorgänger waren je zweimal Reichskanzler.

Das Kaiserreich hatte einen weit geringeren Bedarf an Reichskanzlern. Von der Reichsgründung bis zum Umsturz, also in 47 Jahren, hatte es nur 8 Reichskanzler. Die Gründe der Demission der einzelnen Reichskanzler waren verschiedener Art. Zumeist verursachte das mangelnde Vertrauen des Reichsoberhauptes oder das Mißtrauen des Reichstages ihren Rücktritt. Mitunter waren aber auch andere Gründe hierbei maßgebend. Die Entlassung der Regierungschefs spielte sich sehr oft unter recht dramatischen Umständen ab.

Der erste Reichskanzler des kaiserlichen Deutschlands, Fürst Bismarck, wurde von Wilhelm II. mehrmals zur Demission aufgefordert. Er hatte mit dem jugendlichen Herrscher persönliche Differenzen, sowohl sozialpolitisch wie außenpolitisch. Am 17. März 1890 ließ ihn der Kaiser letztmalig zur Einreichung seines Entlassungsgesuches auffordern. Drei Tage später, am 20. März, genigte Bismarck dieser Aufforderung und erhielt seinen Abschied. Wilhelm II. ernannte hierauf den Altreichskanzler zum Generaloberst der Kavallerie und zum Fürsten von Lauenburg; aber alle Versuche, die Versöhnung zwischen Bismarck und dem Kaiser zustande zu bringen, blieben erfolglos.

Bismarcks Nachfolger wurde General von Caprivi. Caprivi wurde im Jahre 1894 ein Opfer von Differenzen mit den ostelbischen Landwirten. Zu dieser Zeit wurde im Reichstag ein konservativer Antrag von Kanitz auf Einführung eines staatlichen Handelsmonopols für ausländisches Getreide abgelehnt. Über die Behandlung der oppositionellen Landwirte geriet Caprivi mit dem Kaiser in Meinungsverschiedenheiten, aus denen er am 26. Oktober 1894 die Konsequenzen ziehen mußte. Wilhelm II. entließ damals Caprivi; aber er wußte nicht, wen er zu dessen Nachfolger ernennen sollte. Seinem Freund Philipp Eulenburg sagte er damals: „Wen kannst du mir raten? Ich habe keine Ahnung, wen ich berufen könnte. Weißt du niemand?“

Der Nachfolger wurde dann Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingfürst. Hohenlohe war vielleicht der einzige Kanzler, der ging, ohne gehen zu müssen. Als der Fürst sah, daß der Kaiser seiner überdrüssig geworden war, nahm er seinen Abschied, der sich unter freundlichsten Formen vollzog.

Unter ganz anderen Umständen stürzte sein Nachfolger, Fürst v. Bülow. Bei seiner Betrauung war er der Liebling des Kaisers. Lange Jahre hindurch war das Verhältnis ungetrübt. Plötzlich fiel aber Bülow in Ungnade, und Wilhelm II. ließ ihn gehen. Im Jahre 1908 gab der Kaiser dem englischen „Daily Telegraph“ ein Interview, das das amtliche wie auch nichtamtliche Deutschland aufhorchen ließ. In der Presse und im Reichstag brach ein Sturm los, und Bülow redete dem Kaiser zu, sich in Zukunft mehr zurückzuhalten. Er erklärte im Reichstag, daß ihm der Kaiser dies auch versprochen habe. Dieses Vorgehen Bülows verzieh ihm Wilhelm II. nie. Er entließ jedoch den Kanzler nicht sofort, sondern wartete erst eine günstige Gelegenheit ab. Ein Jahr später, als im Reichstag der konservative Block in die Brüche ging und Bülow ohne arbeitsfähige Mehrheit dastand, war dieser Augenblick gekommen.

Der nächste Kanzler Theobald von Bethmann-Sollweg trat sein Amt am 14. Juli 1909 an. Er war genau acht Jahre lang Leiter der Reichspolitik. Mitten im Kriege, im Juli 1917, mußte er seinen Posten verlassen. Bethmann-Sollweg war dem Kaiser besonders genehm. Am ihn im Amte zu halten, machte er sogar besondere Konzessionen auf dem Gebiete des preussischen Wahlrechtes. Bethmann hatte einen Konflikt mit der Obersten Heeresleitung, und da Hindenburg und Ludendorff mit ihm nicht zusammenarbeiten wollten, mußte er gehen. Ihm folgte Michaelis, der Kanzler der 100 Tage, vom 14. Juli bis zum 1. November 1917. Er war der erste Kanzler, den die Parteien stürzten.

Das Reichskanzleramt übernahm jetzt Graf Hertling, ein kluger aber alter Herr. Ihn löste am 3. Oktober 1918, als das Oberste Hauptquartier eine parlamentarisch fundierte Regierung wünschte, der letzte Kanzler des Kaiserreichs, Prinz Max von Baden, ab. Am 9. November übergab dieser sein Amt dem Volksbeauftragten Friedrich Ebert.

Der erste Kanzler der Republik war Philipp Scheidemann. Er regierte nur ganz kurze Zeit; vom 13. Februar bis 21. Juni 1919. Er trat zurück, als die Nationalversammlung das Diktat von Versailles annahm. Ihm folgte der Arbeitsminister im Kabinett Scheidemann Gustav Bauer. Nach dem Kapp-Putsch am 27. März 1920 mußte er einem Kabinett Hermann Müller Platz machen. Hermann Müller konnte sich nur drei Monate halten.

Am 24. Juni löste ihn ein Bürgerlicher ab: der Reichstagspräsident Fehrenbach vom Zentrum. Fehrenbach bildete ein Kabinett der Mitte. Er mußte demissionieren nach dem Londoner Ultimatum vom Mai 1921. Nun kam wieder ein Zentrumsmann: der Mathematikprofessor Dr. Brüth, der wieder mit den Sozialdemokraten zusammenging. Im Oktober 1921 demissionierte Brüth, wurde aber gleichzeitig mit der Bildung eines neuen Reichskabinetts betraut. Dieses konnte sich jedoch auch nur einen Monat halten. Brüth scheiterte an der Unmöglichkeit, zwischen den Sozialdemokraten und der deutschen Volkspartei einen Ausgleich zu finden.

Ihm folgte am 22. November 1921 Wilhelm Cuno mit seinem „Kabinett der Arbeit“. Cunos Regierung ging im Zeichen des verlorenen Ruhrkrieges und des Währungsverfalles zu Ende. In der kritischsten Stunde löste ihn Stresemann ab. Da aber innerhalb der „großen Koalition“ keine fruchtbare Arbeit zu erzielen war, mußte auch Stresemann gehen, und es kam wieder unter der Reichskanzlerschaft des Zentrumsmanns Marx ein bürgerliches Kabinett der Mitte. Ende 1924 geriet das Kabinett Marx, da die Deutsche Volkspartei bei den Dames-Verhandlungen des Reichstages der Deutschen Nationalen eine Regierungsbeteiligung zusagte, ins Wanken. Ihm folgte Luther. Er fiel über den Flaggenerlaß. Nun wurde abermals Marx Reichskanzler. Sein Kabinett lebte sich an die Deutschen Nationalen an. Als diese im Jahre 1928 eine Wahlniederlage erlitten, kam wieder ein Sozialdemokrat,

Hermann Müller, der schon einmal Reichskanzler war, ans Ruder. Er mußte zurücktreten, als die Sozialdemokraten die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung nicht annehmen wollten.

Auf Hermann Müller folgte Heinrich Brüning, den nicht ein Mißtrauen des Reichstags, sondern das Ungeschick des Reichswehrministers Groener und die dadurch bedingte Erschütterung des Vertrauens des Reichspräsidenten zu Fall brachte. Nach Brüning kam am 1. Juni der jetzt zurückgetretene Reichskanzler Franz von Papen als Chef der zweiten Präsidialregierung.

Was Scheidemann gesagt haben soll . . .

Die bekannte französische Wirtschaftszeitung „Le Capital“ veröffentlicht ein überaus interessantes Interview eines Berichters mit dem ersten Kanzler der Deutschen Republik, dem bekannten sozialdemokratischen Parteiführer Philipp Scheidemann, in dessen Verlauf Scheidemann die Ausruhmung der Deutschen Republik im November 1918 als eine Zufalls- und Verlegenheitslösung bezeichnet. Auf die Frage des französischen Korrespondenten, was wohl geschehen würde, wenn der Kaiser heute nach Deutschland zurückkehrte, soll Scheidemann wörtlich gesagt haben:

„Gar nichts! Wäre Wilhelm II. im Jahre 1918 in Deutschland geblieben, so wäre ihm nie ein Haar gekrümmt worden. Anlässlich der Niederlage war ja zunächst gar nicht die Rede davon gewesen, die Monarchie abzuschaffen, und ich erinnere mich ganz genau daran, daß meine Freunde von der Sozialdemokratischen Partei mir die heftigsten Vorwürfe machten, als ich damals die Republik gewissermaßen improvisiert habe. Ich sehe nicht an, zu sagen, wir würden heute noch die Monarchie haben, wenn Wilhelm II. etwas weniger unentschlossen gewesen wäre. Trotz allem glaube ich nicht an eine baldige Restauration, weil es zur Zeit an einem wirklichen volkstümlichen Präsidenten fehlt.“

Der Pariser Journalist fragte nun weiter: „Glauben Sie, Herr Scheidemann, daß es zur Stunde noch Deutsche geben dürfte, die imstande wären, ihr Blut zu vergießen, um die Republik zu verteidigen und die Rückkehr der Monarchie zu verhindern?“ Darauf antwortete Scheidemann: „Das bezweifle ich sehr.“

Über den Vertrag von Versailles äußerte sich Scheidemann im Laufe dieser Unterredung wie folgt: Wenn man sich schließlich dazu entschlossen habe, Versailles zu unterzeichnen, so geschah es nur, um die deutsche Einheit zu retten. Wir hatten nämlich Kenntnis von einem französischen Geheimplan erhalten, aus dem hervorging, daß die französische Armee Kassel besetzen, ins Rheinland einrücken und längs der Mainlinie nach Bayern vordringen wollte. Bayern und die Rheinlande wären nach diesem französischen Projekt von jedem Kriegszug befreit worden. Aus diesem Grunde mußte sich die damalige Regierung letzten Endes doch zur Unterzeichnung von Versailles entschließen, sonst würde das Deutschland von heute kaum mehr bestehen. Es war aber durchaus einleuchtend und menschlich begreiflich, daß das deutsche Volk sich sofort nach der Unterzeichnung gegen einen Vertrag anlehnte, der uns durch die Macht der Bajonette aufgezwungen worden war.“

Wir können diese Auslassung des französischen „Capital“ naturgemäß nur mit größtem Vorbehalt weitergeben. Ein derselben Zeitung von Arnold Reehberg gegebenes Interview über die französischen freundschaftliche Außenpolitik des Kabinetts Papen wurde insoweit bemerkt, als die Reichsregierung bestritt, daß Herr von Papen — auch nur auf dem Wege über Arnold Reehberg — mit dem Interview etwas zu tun hätte. Reehberg gab die Unterredung zu und berichtigte lediglich, daß er nicht kurz vorher — wie das der Franzose behauptet hatte — eine längere Unterredung mit dem Reichskanzler von Papen gehabt hätte. Die Richtigkeit des politischen Gesprächsinhalts selbst wurde bezeichnenderweise nicht bestritten.

„Herr Regierungspräsident, Sie sind verhaftet!“

Wie jetzt bekannt wird, klingelte am Donnerstag früh ein gutgekleideter Herr den Pförtner an dem Eingang der Privatwohnung des Regierungspräsidenten Cronau in Köslin heraus und stürzte an ihm vorbei die Treppe hinauf. Das Dienstmädchen, das ihm entgegen trat, stieß er mit der Bemerkung beiseite, der Präsident erwarte ihn bereits zu einer Besprechung. Unangefochten drang er dann in die Wohnung und fand die Familie des Regierungspräsidenten am Kaffeetisch. Er trat auf den Präsidenten zu mit den Worten: „Herr Regierungspräsident, Sie sind verhaftet!“ Der Präsident verlor jedoch seine Fassung nicht, sondern ersuchte den Eindringling, ihm in die Bureauräume zu folgen. Dort wiederholte dieser: „Herr Regierungspräsident, Sie sind verhaftet, weil Sie im Verdacht stehen, Spießjagungen mit einer Kösliner Firma verübt zu haben.“ Der Regierungspräsident hatte inzwischen durch ein Klingelzeichen Beamte hineinrufen lassen, um den Eindringling festnehmen zu lassen. Dieser flüchtete und versteckte sich in den Bodenkammern des Regierungsgebäudes, wo er von Kriminalbeamten schließlich entdeckt und festgenommen wurde. Wie wir erfahren, handelt es sich um einen geisteskranken früheren Kriminalassistenten, der inzwischen in die Provinzialheilanstalt Lauenburg gebracht wurde.

Endgültiges Ergebnis

der Reichstags-Wahlen vom 6. November.

Der Reichswahlaußschuß trat am Sonnabend zur Feststellung des amtlichen Endergebnisses der Reichstagswahl vom 6. November zusammen. In der Mandatszahl ist infolgedessen noch eine Änderung eingetreten, als das Zentrum noch einen weiteren Sitz zugebilligt erhielt, da die nachträgliche Zählung noch einige hundert Stimmen mehr für die Reichsliste des Zentrums ergab. Die Zentrumsfraktion im neuen Reichstag wird somit 70 Abgeordnete umfassen. Die Gesamtzahl der Reichstagsabgeordneten erhöht sich auf 584.

Nach dem endgültigen amtlichen Ergebnis verteilen sich die 584 Reichstagsabgeordneten wie folgt auf die einzelnen

Fractionen:

- Nationalsozialisten 196,
- Sozialdemokraten 121,
- Kommunisten 100,
- Zentrum 70,
- Deutschnationale 51,
- Deutsche Volkspartei 11,
- Thüringer Landbund 1,
- Bayerische Volkspartei 20,
- Wirtschaftspartei 1,
- Staatspartei 2,
- Christlichsozialer Volksdienst 5,
- Deutsch-Hannoveraner 1,
- Deutsche Bauernpartei 2,
- Landvolk 1,
- Württembergische Bauern und Weingärtner 2.

Ministerialrat Dr. Kaissenberg, der Sachmann des Reichsinnenministeriums für Wahlfragen, gibt jetzt eine Berechnung über die Gewinne und Verluste der Parteien heraus, in der die schon bisher bekannten Zahlen durch Berücksichtigung der geringeren Wahlbeteiligung gegenüber der vorhergehenden Reichstagswahl korrigiert sind. Danach haben die Nationalsozialisten im ganzen Reichsgebiet 11,5 v. H., die Sozialdemokraten 5,6 v. H., das Zentrum 4,9 v. H. und die Bayerische Volkspartei 2,9 v. H. verloren. Die Deutschnationalen sind mit 47,5 v. H. die Hauptgewinner, die Kommunisten haben ihre Stimmenzahl um 16,6 v. H. vermehrt.

Interessant sind die Ziffern für die einzelnen Wahlkreise, zum Beispiel Hamburg, wo die Nationalsozialisten mit 19,3 v. H. den stärksten Verlust hatten, während die Deutschnationalen hier mit 80,8 v. H. ihren größten Gewinn verzeichnen konnten. Die Sozialdemokraten haben unter Berücksichtigung der schwächeren Wahlbeteiligung noch in vier Wahlkreisen zugenommen. Ihren stärksten Verlust hatten sie mit 14,7 v. H. in Berlin. Die Kommunisten haben in fünf Wahlkreisen eine Zunahme von mehr als 30 v. H. erzielt. Beim Zentrum ergibt sich mit 25 v. H. der stärkste Verlust in Mecklenburg.

Amerikas neues Parlament.

Erst jetzt ist die endgültige Mandatsverteilung bekannt, die sich für beide Häuser des amerikanischen Parlaments aus den Wahlen vom 8. November ergibt:

Abgeordnetenhaus:

- Demokraten 314 (bisher 214)
- Republikaner 116 (bisher 218)
- Landarbeiter 5 (bisher 1)

Senat:

- Demokraten 59 (bisher 39)
- Republikaner 36 (bisher 56)
- Landarbeiter 1 (bisher 1)

Neuer außenpolitischer Kurs Amerikas?

Kant „Chicago Tribune“ wird die zukünftige demokratische Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika sich von der Hoover'schen Außenpolitik abkehren und sich wieder der reinen Monroe-Doktrin zuwenden.

Nach Ansicht der Demokraten bestehe die Gefahr, daß die Vereinigten Staaten durch die Politik internationaler Freundschaftsabkommen (Briand-Kellogg-Pakt) in Komplikationen hineingezogen werden könnten. Die Demokraten rücken also offen vom Kellogg-Pakt ab, ohne daß sie wünschen, daß die Vereinigten Staaten diesen Pakt formell kündigen. Das Blatt ist ferner der Ansicht, daß die amerikanische Politik im Fernen Osten, insbesondere in der mandchurischen Frage, eine Änderung erfahren werde.

Rundschau des Staatsbürgers.

Berlängerung des Abkommens über den Kleinen Grenzverkehr.

Die Polnische Telegraphen-Agentur meldet aus Warschau, daß die Konvention zwischen Deutschland und Polen über Erleichterungen im Kleinen Grenzverkehr auf dem Wege des Notenaustausches zwischen der Polnischen und der Deutschen Regierung, der am 31. Oktober d. J. erfolgte, auf ein Jahr, d. h. bis zum 31. Dezember 1933, verlängert worden ist.

Kleine Rundschau.

Die Mailänder „Scala“ feiert Wagner.

Der fünfzigste Todestag Richard Wagners wird weit über die Grenzen seiner deutschen Heimat hinaus begangen werden. Die Mailänder „Scala“ beginnt ihre Spielzeit am 26. Dezember mit einer Galaaufführung von Richard Wagners „Götterdämmerung“. Der Aufführung, die mit den besten Kräften besetzt sein wird, folgen eine Reihe von Wagnerkonzerten, unter der Leitung des Sabats. Dem toten Meister kann wohl kaum eine größere Ehre widerfahren, als daß die „Scala“, die führende Opernbühne Europas, in dieser Weise seiner gedenkt.

Vergessen Sie nicht

das Abonnement auf die „Deutsche Rundschau“. Es ist die höchste Zeit. Alle Postagenturen und Postämter in Polen, unsere Filialen und die Geschäftsstelle nehmen Abonnements für den Monat Dezember entgegen.

Bezugpreise am Kopfe der Zeitung vermerkt.

Wirtschaftliche Rundschau.

Börsenspiegel der Woche.

Die internationalen Börsen lagen in der Berichtswache in einer völligen Zurückhaltung. Schon seit Wochen ist eine gleiche Stille und Luftlosigkeit nicht beobachtet worden. Die vorausgegangenen großen politischen Ereignisse haben die Vorgänge und die Unternehmungslust an den Börsen wenigstens vorübergehend, wenn auch in spekulativer Hinsicht, belebt. Nach mancherlei Enttäuschungen, die nicht zuletzt auf das Konto des Konjunkturoptimismus zu setzen sind, herrscht jetzt eine vollkommene Ruhe. Sie ist, was die überseeischen Börsen anbelangt, zunächst einmal auf die Zeit nach den Präsidentenwahlen in U. S. A. zurückzuführen. Die Börsen haben in mancher Beziehung wohl eine Klärung gebracht, es ist aber eine Klärung mit geringen Ausblicken und noch geringeren Hoffnungen. Auf der anderen Seite trugen die politischen Ereignisse in Europa mit bei. Die deutschen Regierungskreise hat zwingend alle finanzpolitischen Unternehmungen die strengste Zurückhaltung auferlegt. Man wartet im allgemeinen ab, ob von Mitteleuropa der eine Umorientierung der politischen und wirtschaftspolitischen Strömungen zu erwarten ist. Die großen Fragen, die augenblicklich in Genuß zu lösen sind, und die, falls sie erwartungsgemäß ungelöst bleiben sollten, dennoch beunruhigend und hindernd wirken. Nicht unerwähnt bleiben muß die Hoffnung der europäischen Schuldveränder, die immer noch einen Zahlungsausschub von Amerika vor dem 15. Dezember erwarten.

In New York herrschte im Laufe der Berichtswache eine schwache Haltung, wenigstens die Grundstimmung nicht eigentlich als unruhig zu bezeichnen war. Das Vertrauen in die Marktlage ist nicht gewichen, da man der Meinung ist, daß die festere Haltung der Rohstoffmärkte nach Überwindung der politischen Schwierigkeiten wieder eine Besserung der Gesamtlage verpricht.

Die Londoner Börse stand unter dem Eindruck von New York, sie lag im allgemeinen luftlos. Alle Werte lagen durchschnittlich schwach, selbst die internationalen Werte blühten an Punkten ein. Am Devisenmarkt lag das Pfund recht schwach, es notierte gegen New York 3,295, gegen Paris 84 1/2, gegen Brüssel 23,785, gegen Amsterdam 8,22, gegen Berlin 13,865 und gegen Warschau 29,20.

Ebenso flau lag die Pariser Börse, die Kurse zeigten auf der ganzen Linie leichte Kursabschwäche, die Industriewerte konnten ihren Kursstand besser behaupten, ebenso schwach lag Zürich, das, durch die Regierungskreise in Deutschland beeinflusst, zur Realisation auf allen Gebieten neigte. Die Umsätze blieben jedoch gering.

Die deutschen Börsen standen im Zeichen der Zuspitzung der innerpolitischen Lage, sie bewegten aber eine bemerkenswerte Widerstandskraft. Die Haltung der Börsen war im Laufe der Lage schwankend. Man konnte sowohl Neigung zu Realisationen, wie zu Zurückkäufen beobachten. Im großen und ganzen hat sich die Kursstabelle nur wenig verändert. Aktien und Bankwerte konnten sich behaupten, die Ungewissheit der innerpolitischen Lage hat dagegen auf dem Rentenmarkt einen stärkeren Niederschlag gefunden, als am Aktienmarkt. Es lagen kleine Verkaufsbefehle vor, die Kurse waren vielfach abgeflacht. Die Markt konnte sich den Auslandsdevisen gegenüber gut behaupten.

Warschau stand vollkommen unter dem Einfluß der Landesbörsen, die Haupttendenz lag in der Zurückhaltung, die politischen Vorgänge in Deutschland fanden ein lebhaftes Echo. Der Aktienmarkt lag vollkommen still und verriet eine Neigung zur Kursabschwächung. Der Markt der Obligationen und sonstiger festverzinslicher Werte wies keine nennenswerten Umsätze auf. Am Devisenmarkt lag der Zloty behauptet.

Bank Polsti nimmt 3-Monat-Wechsel an.

Die Leitung der Bank Polsti hat an alle ihre Zweigstellen ein Rundschreiben gerichtet, worin sie die Mitteilung macht, daß die von jetzt ab zum Discont angenommenen Wechsel für die Dauer von drei Monaten angesetzt werden können. Bis dahin hat die Bank Polsti lediglich Wechsel mit einer Reifezeit von höchstens 75 Tagen zum Discont angenommen, obwohl noch vor mehreren Jahren der gleiche Wechselbrauch geübt wurde, wie er jetzt wieder eingeführt wird. In Industrie- und Handelskreisen wird diese Fristverlängerung für den Wechselumlauf mit großer Befriedigung aufgenommen, da diese Maßnahme als eine Art von Kreditausweitung ohne Erhöhung des Wechselvorsienalles angesehen werden kann. Diese Anordnung der Bankleitung schafft auf der anderen Seite manche Erleichterungen technischer Natur, die auf die Abwicklung von Transaktionen nicht ohne Einfluß sein werden.

Danziger seewärtiger Warenverkehr im Oktober 1932.

Im Oktober 1932 hat die seewärtige Wareneinfuhr über Danzig 38 275,0 T., die seewärtige Wareneinfuhr über Danzig 459 627,7 T. betragen. Im gleichen Monat des vergangenen Jahres hat sich die Einfuhr auf 73 790,4 T., die Ausfuhr auf 637 249,1 T. belaufen.

Aus der amtlichen Statistik des seewärtigen Warenverkehrs ergibt sich, daß auch im Oktober d. J. gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres wesentliche Veränderungen im Umfang und in der Zusammensetzung des Güterumschlages im Danziger Hafen eingetreten sind.

Während im Oktober 1931 noch 25 495,5 T. Erze über Danzig zur Einfuhr gelangt waren, fielen im Oktober d. J. Erze vollständig. Die Einfuhr von Schmelzblei und -abfällen, die sich im Vergleichsmonat des Vorjahres noch auf 19 102,8 T. gestellt hatte, ist im Berichtsmontat auf 3013,7 T. gesunken. Die Einfuhr von Phosphoriten hat einen Rückgang von 4131,7 T. auf 105,0 T. erfahren. Auch die Einfuhr von Feringen ist stark rückgängig gewesen, sie belief sich im Oktober d. J. auf 3580,0 T. gegenüber 6896,9 T. im Oktober 1931.

Im Gegensatz hierzu ist eine größere Steigerung bei der Einfuhr von Kohlen festzustellen, die von 4152,2 T. im Vergleichsmonat des Vorjahres auf 10 389,4 T. im Oktober 1932 gestiegen ist. Die Einfuhr von tierischen Fetten und Ölen hat in der gleichen Zeit von 1195,7 T. auf 2718,7 T. angezogen können.

In der Ausfuhr ist der mengenmäßige Rückgang wiederum bei der Kohle und beim Holz recht groß gewesen. Die Ausfuhr von Kohlen, die im Oktober 1931 512 867,8 T. umfaßt hatte, betrug im Oktober d. J. nur noch 349 962,8 T. Die Ausfuhr von Holz ist von 51 310,4 T. auf 30 183,4 T. zurückgegangen. Die Ausfuhr von Zucker ist von 7279,0 T. auf 1750,2 T. gesunken.

Zugunommen hat dagegen u. a. die Ausfuhr von Getreide, und zwar von 28 852,9 T. im Oktober 1931 auf 38 714,6 T. im Berichtsmontat. Die Ausfuhr von Sämereien ist von 1070,0 T. auf 1508,5 T. gestiegen. Die Ausfuhr von natürlichen Kalisalzen, die im Vergleichsmonat des vorigen Jahres nicht in Erscheinung trat, betrug im Oktober d. J. 4386,3 T.

Die Banken senken die Einlagenzinsen. Auf Grund der Neuregelung der Höchstzinsen für Bankkredite, finden gegenwärtig zwischen den polnischen Privatbanken und den Sparkassen Verhandlungen über die Senkung der Zinssätze für fremde Kapitalien (Einlagen) statt. Die gegenwärtigen Sätze sollen je nach der Art der Einlagen um 0,75 Prozent bis 1 Prozent herabgesetzt werden, und zwar sollen die Zinsen für Noteneinlagen ohne Kündigungsfrist auf 4 1/2 Prozent (bisher 5 Prozent bis 5 1/2 Prozent) und für Spareinlagen mit sechsmonatiger Kündigungsfrist auf 6 Prozent (bisher 7 Prozent) gesenkt werden. Für Einlagen in Fremdwährungen, für welche die Verzinsung nicht unwesentlich niedriger lag, sind nähere Einzelheiten über projektierte Reduzierungen der Sätze zinslinien noch nicht bekannt geworden. Über die Zinssenkung im Noteneinlagengeschäft wird bereits für die nächsten Tage ein Beschluß der Privatbanken und Kommunal-Sparkassen erwartet. Es wird damit gerechnet, daß sich den Beschlüssen auch die polnischen staatlichen Banken anschließen werden.

Firmennachrichten.

v. Briesen (Wabreszno). Zahlungsausschub hat der Gutsherr Herr v. Briesen in Wabreszno, Kreis Briesen, beantragt. Berichtstermin am 13. Dezember 1932, 11 Uhr, im Burggericht, Zimmer 8.

Viehmarkt.

London, 21. November. Amtliche Notierungen am englischen Viehmarkt für 1 cwt. in engl. Sch.: Polnische Vaccons Nr. 1 sehr mager 54, Nr. 2 mager 53, Nr. 3 52, schwere sehr mager 54, Nr. 2 mager 52, Scher 50, polnische Vaccons in Liverpool 51-55. Die Gesamteinfuhr betrug in London in der Vorwoche 81 210 cwt., wovon auf Polen 9879 cwt. entfallen. Die Preise konnten sich im allgemeinen erhöhen, polnische Vaccons stiegen um 4 Sch.

Die Lage der Eierwirtschaft in Polen.

Dr. Cr. Im Hinblick auf die große Bedeutung des polnischen Eierexports für die Handels- und Warenbilanz Polens, und auf die letzten eingetretenen starke Schrumpfung der mengen- und wertmäßigen Eierausfuhr wehren sich in den landwirtschaftlichen Interessentenkreisen die Stimmen, die in der Folgezeit den Wunsch nach Unterstützungsmaßnahmen durch die Regierung zum Ausdruck bringen.

In den letzten Jahren betrug der Posten der Handelsbilanz für die Eierausfuhr durchschnittlich 100 Millionen Zloty pro Jahr. In der landwirtschaftlichen Exportskala nimmt die Eierausfuhr den 4. Platz ein. Im Jahre 1929 betrug die Eierausfuhr 5 Prozent der Gesamtausfuhr und 15 Prozent der Ausfuhr von landwirtschaftlichen Produkten; im Jahre 1930 waren die entsprechenden Ziffern 5,5 Prozent und 15 Prozent; 1931: 4 Prozent und 7 Prozent. An der Versorgung des Weltmarktes ist Polen in bedeutendem Umfange beteiligt. Im Jahre 1926 partizipierte Polen an der Deckung des Nachfragebedarfs der europäischen Märkte mit 20 Prozent, 1927 mit 21 Prozent, 1928 mit 16,5 Prozent, 1929 mit 15 Prozent. In der Zeitperiode von 1928 bis Ende 1931 sank der wertmäßige Export von Eiern aus Polen von 144 Millionen Zloty auf 98 Millionen Zloty. Die rückläufige Tendenz der Eierausfuhr hält auch im laufenden Jahre an. In den ersten 8 Monaten betrug der Wert der Ausfuhr 37 Millionen Zloty, gegenüber 67 Millionen Zloty in demselben Zeitraum des Vorjahres. Mengenmäßig ist der Rückgang viel schwächer, als wertmäßig. Das Gewicht der ausgeführten Eier minderte sich in dem oben angegebenen Zeitraum von 340 000 Doppelzentner auf 260 000 Doppelzentner. Die Inlandpreise gingen in Polen von 1929 bis 1931 von 2,60 Zloty pro Kilogramm auf 2 Zloty zurück.

Die Gründe der rückläufigen Tendenz des Eierexports finden zum Teil in Faktoren, die außerhalb dieses Wirtschaftszweiges liegen, zum Teil in der Struktur der Eierausfuhr Polens ihre Erklärung. Neben dem Niedergange der allgemeinen Wirtschaftskonjunktur, der schlechten Lage der Landwirtschaft, der finanziellen Schwäche der Exporteure und Importeure, dem Übergang der exportierenden Länder zur eigenen Produktion, der Kontingenzierungs- und Abschneidungspolitik der europäischen Staaten, sind es die Art der Durchführung der Standardisierung des Eierexports in Polen und die fehlerhafte Organisation des Handels, die für die Einengung der Ausfuhr mitverantwortlich sind.

Während die übrigen Handelsstaaten an der Dissee unmittelbar nach der Erlangung der staatsrechtlichen Souveränität die Standardisierung der Milch- und Eierprodukte durchführten, ging Polen erst 1929 zur Standardisierung über. Der Zeitverlust bedeutete aber einen Vorsprung für die Konkurrenten Polens, denen es inzwischen gelang, sich auf den internationalen Märkten durchzusetzen. Der Export von Eiern wurde von den maßgebenden Regierungsinstitutionen in Polen bis Ende 1929 lediglich unter dem rein fiskalischen Gesichtspunkte der Erzielung von Einnahmen für den Fiskus betrachtet. Die handels- und wirtschaftspolitische Seite des Exports wurde außer Acht gelassen. Bis zum Jahre 1924 galt in Polen ein Eierausfuhrverbot. Unter dessen Schutz wurden solchen Exporteuren Eierausfuhrkontingente zuerkannt, die nachweislich den von der Regierung aufgestellten Qualitäts- und Gewichtsnormen entsprachen. Der Rückgang der Ausfuhrziffern zwang die maßgebenden Regierungskreise dazu, die Ausfuhr qualitativ zu überwachen. Im Jahre 1928 wurden Notwendigkeitsregister und ein Zentralregister eingeführt, welche die Namen aller zugelassenen Exporteure enthalten sollten. „Zugelassen“ wurden nur solche Firmen, die sich bestimmten von der Regierung aufgestellten Normen in bezug auf die Qualität der auszuführenden Eier unterwarfen. Mit Rücksicht auf die erkennbar werdende Umgehung dieser Qualitätsvorschriften wurden gegen Ende 1928

Ausfuhr 35 Lile in der Höhe von 100 Zloty pro 100 Kilogramm über alle nicht standardisierten Eier verhängt.

Da auch diese Verzollung negativ ausfiel, ging man schließlich im Jahre 1929 zur völligen Standardisierung über.

Es werden folgende Gewichtstandards je 1000 Eier unterschieden: 1. 45-48 Kilogramm, 2. 48-51 Kilogramm, 3. 51-54 Kilogramm, 4. 54-57 Kilogramm, 5. 57-62 Kilogramm, 6. über 62 Kilogramm. Eine und dieselbe Kiste darf höchstens 3 Prozent Eier enthalten, deren Gewicht unter der durch den Standard vorgeschriebenen Grenze liegt.

Die Einführung der so gearteten Standardisierung hat, wie oben erwähnt, in der Tat zunächst eine Aufholung der mengenmäßigen Ausfuhr erzielt, führte aber zur Senkung der erzielten Preise. Die Praxis zeigte nämlich, daß die festgesetzten Standardtypen sehr wesentlich von der tatsächlichen Produktion in Polen abweichen. Über 25 Prozent der Gesamtproduktion Polens fällt auf Eier unter 45-48 Kilogramm. Die technische Durchführung der Standardisierung, zum Beispiel die Feststellung des Gewichts der einzelnen Eier, verursacht große Unkosten und schmälert den Nutzen der Exporteure ganz wesentlich. Besonders die lückenhafte Kontrolle der Ausfuhr wirkt sich für die Preisbildung sehr nachteilig aus. Abgesehen davon weichen die in Polen durchgeführten Standardtypen der Eierausfuhr in wesentlichen Punkten von den Standardtypen der westeuropäischen Länder ab.

Auch durch die mangelhafte Organisation des Handels wird die Ausfuhr stark in Mitleidenhaft gezogen. Der Export wird von wenigen Großfirmen und einer großen Anzahl kleinerer Firmen bewerkstelligt. Insbesondere sind es die letzteren, die sich den finanziell härteren Importfirmen der Aufnahmeständer in bezug auf die Bedingungen und Preise der zu exportierenden Eier fügen müssen.

Im Hinblick auf die Bedeutung der Eierausfuhr für die polnische Handelsbilanz können die Wünsche der Landwirte nach einer gänzlichen Umorganisation der Standardisierung sowie vorrücken des Handels und nach einer Neuweisung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über die Ausfuhr usw. nur als voll berechtigt anerkannt werden.

Preiserholung am englischen Bacon-Markt.

Die mit dem 21. dieses Monats in Kraft tretende Neuregelung der englischen Fleisch-, Schinken- und Bacon-Einfuhr hat am englischen Markt eine Preisumwälzung hervorgerufen. Bereits in den letzten Tagen war eine feste Preisbildung zu beobachten, die jetzt in einen Preisausschlag überging. In den letzten Tagen notierte man am Londoner Markt eine Preiserholung von 4 englischen Schilling für polnische Bacon. Auch das Bacon-Angebot anderer Länder verzeichnete eine Preiserholung. Polnische Bacon werden mit 50-54, holländische mit 51-54 und dänische mit 58-60 Schilling notiert. Polnische und holländische Bacon haben augenblicklich das gleiche Preisniveau erreicht.

Danziger Konkursstatistik. Im Oktober d. J. sind beim Amtsgericht zu Danzig sieben Konkurs- und zwei Verfallanträge gestellt worden. Im gleichen Monat des Vorjahres waren vier Konkurs- und zwei Verfallanträge eingereicht worden. In den ersten zehn Monaten 1932 belief sich die Zahl der im Amtsgerichtsbezirk Danzig gestellten Konkursanträge auf 81, diejenige der Verfallanträge auf 18. Im selben Zeitraum des Vorjahres waren 82 Konkurs- und 31 Verfallanträge gestellt worden.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polsti“ für den 22. November auf 5,9244 Zloty festgelegt.

Der Zinssatz der Bank Polsti beträgt 6% der Lombardzins 7%.

Der Zloty am 21. November. Danzig: Ueberweisung 57,63 bis 57,75, Br. 57,64-57,76, Berlin: Ueberweisung, große Scheine 46,95-47,35, Wien: Ueberweisung 79,31-79,79, Prag: Ueberweisung 377,50-379,50, Paris: Ueberweisung 286,50, Zürich: Ueberweisung 58,27%, London: Ueberweisung 29,25.

Warschauer Börse vom 21. Novbr. Umläge, Verkauf - Kauf, Belgien 123,70, 124,01 - 123,39, Belgard -, Budapest -, Bulgareit -, Danzig 173,30, 173,73 - 172,87, Helsingfors -, Spanien -, Holland 358,50, 359,40 - 357,60, Japan -, Konstantinopel -, Kopenhagen -, London -, 29,40 - 29,10, New York 8,919, 8,939 - 8,899, Oslo -, Paris 34,95, 35,04 - 34,86, Prag -, Riga -, Sofia -, Stockholm -, Schweiz 171,65, 172,08 - 171,22, Tallin -, Wien -, Italien 45,70, 45,92 - 45,48.

London Umläge 29,26-29,23.
Freihandelskurs der Reichsmark 21,95.
Berliner Devisenkurse.

Offiz. Discont. rate	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 21. November		In Reichsmark 19. November	
		Geld	Brief	Geld	Brief
2 1/2 %	1 Amerika	4,209	4,217	4,209	4,217
2 %	1 England	13,78	13,82	13,86	13,90
2 1/2 %	100 Holland	169,23	169,57	169,23	169,57
9 %	100 Argentinien	0,900	0,907	0,908	0,912
4 %	100 Norwegen	70,28	70,42	70,53	70,67
4 %	100 Dänemark	71,73	71,87	71,98	72,12
6 1/2 %	100 Island	62,24	62,6	62,44	62,56
3 1/2 %	100 Schweden	73,28	73,42	73,48	73,62
3 1/2 %	100 Belgien	58,33	58,45	58,34	58,46
5 %	100 Italien	21,56	21,60	21,56	21,60
2 1/2 %	100 Frankreich	16,485	16,525	16,49	16,53
2 1/2 %	100 Schweiz	80,92	81,08	80,92	81,08
6 1/2 %	100 Spanien	34,40	34,46	34,40	34,46
5,84 %	1 Brasilien	0,294	0,296	0,294	0,296
-	1 Japan	0,839	0,841	0,839	0,841
-	1 Kanada	3,656	3,664	3,656	3,664
-	1 Uruguay	1,698	1,702	1,698	1,702
4,5 %	100 Tschekoslowak.	12,465	12,485	12,465	12,485
6,5 %	100 Finnland	6,024	6,036	6,034	6,048
5,5 %	100 Estland	110,59	110,81	110,59	110,81
6 %	100 Lettland	79,72	79,88	79,72	79,88
6,5 %	100 Portugal	12,76	12,78	12,76	12,78
9,5 %	100 Bulgarien	3,057	3,063	3,057	3,063
7,5 %	100 Jugoslawien	5,634	5,646	5,634	5,646
6 %	100 Oesterreich	51,95	52,05	51,95	52,05
4 %	100 Ungarn	-	-	-	-
6 %	100 Danzig	81,82	81,98	81,82	81,98
9 %	1 Türkei	2,008	2,012	2,008	2,012
11 %	100 Griechenland	2,498	2,502	2,498	2,502
-	1 Lairo	14,16	14,20	14,24	14,28
7 %	100 Rumänien	2,517	2,523	2,517	2,523
-	Warschau	46,95	47,35	46,95	47,35

Die Bank Polsti zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,89 Zl., do. kl. Scheine 8,87 Zl., 1 Pf. Sterling 29,05 Zl., 100 Schweizer Franken 170,97 Zl., 100 franz. Franken 34,81 Zl., 100 deutsche Mark 210,00 Zl., 100 Danziger Gulden 172,62 Zl., tschech. Krone - Zl., österr. Schilling - Zl.

Aktienmarkt.

Pföner Börse vom 21. November. Es notierten: Sprov. Konvert.-Anleihe 40 G., Sprov. Obligationen der Stadt Posen 1927 92 +, Sprov. Obligationen der Stadt Posen 1929 92 +, Sprov. Dollarbriefe der Pföner Landschaft 54-52,50 B., Sprov. Gold-Amortisations-Dollarbriefe der Pföner Landschaft 56 B., 4 Proz. Kortver.-Pfandbriefe der Pföner Landschaft 31 G., 4 Proz. Prämien-Dollaranleihe (Serie B) 50,50 G., 6 Proz. Roggenbriefe der Pföner Landschaft 10,25 +, 4 Proz. Prämien-Invest.-Anl. 98 G., 3 Proz. Dan.-Anleihe (Serie I) 38 G., Bank Polsti 86 G. Tendenz: befest. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Warschau, 21. November. Getreide, Mehl und Futtermittel. Abschlüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kq. Parität Baggan Warschau: Roggen 15,75-16,00, Einheitsweizen 26,50 bis 27,00, Sammelweizen 26,00-26,50, Einheitshafer 16,50 bis 17,00, Sammelhafer 15,50-16,00, Grünhafer 15,25-15,75, Braugerste 16,50-17,50, Speiseelfenbienen 24,00-26,00, Vittoriaerbsen 26,00-30,00, Winterraps 49,00-50,00, Rottlee ohne dicke Flachsleide 125,00-140,00, Rottlee ohne Flachsleide bis 97%, gereinigt 130,00 bis 145,00, rober Weißleie 110,00-140,00, rober Weißleie bis 97%, gereinigt 150,00-200,00, Luzus-Weizenmehl 45,00-50,00, Weizenmehl

4/0 40,00-45,00, Roggenmehl I 26,00-28,00, Roggenmehl II 20,00 bis 22,00, Roggenmehl III 20,00-22,00, grobe Weizenleie 10,50-11,00, mittlere 10,00-10,50, Roggenleie 9,50-10,00, Leintuchen 17,50-18,00, doppelt gereinigte Geradella -, blaue Lupinen -, gelbe -, Peluchfen 16,00-17,00, Wiede -,

Umläge 3966 to, davon 957/10 to Roggen. Tendenz: ruhig.

Amtliche Notierungen der polnischen Getreidebörsen vom 21. November. Die Preise verstehen sich für 100 Rilo in Zloty:

Transaktionspreise:
Roggen 15 to : : : : : 15,00
15 to : : : : : 14,90

Richtpreise:

Weizen	22,75-23,75	Sommerweide	-
Roggen	14,50-14,70	Blaue Lupinen	-
Mahlerste 64-66 kg	13,50-14,00	Gelbe Lupinen	-
Mahlerste 68-69 kg	14,00-14,75	Raps	42,00-43,00
Braugerste	16,00-17,50	Peluchkartoffeln pro	-
Safer	13,25-13,50	100 %	-
Roggenmehl (65%)	22,50-23,50	Cent	39,00-45,00
Weizenmehl (65%)	36,00-38,00	Blaue Mohn	103,00-115,00
Weizenleie	8,50-9,00	Roggenstroh, lofe	-
Weizenleie (grob)	9,50-10,50	Roggenstroh, gepr.	-
Roggenleie	8,25-8,50	Heu, lofe	-
Wintererbsen	40,00-45,00	Heu, gepreht	-
Peluchfen	-	Reheheu, lofe	-
Felderbsen	-	Reheheu, gepr.	-
Vittoriaerbsen	21,00-24,00	Sonnenblumen-	-
Folgererbsen	31,00-34,00	tuchen 46-48%	-

Gesamt tendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 130 to, Weizen 15 to, Gerste 45 to.

Nach dem Urteil der Börse war die Tendenz für Roggen, Weizen, Brau- und Mahlerste, Safer, Roggen- und Weizenmehl ruhig.

Marktbericht für Sämereien der Firma B. Hozakowski, Thorn, vom 21. November. In den letzten Tagen wurde notiert Zloty per 100 Kilogramm loco Verladung:

Rottlee 120-150, Weißleie 120-220, Schwedenleie 125-160, Gelbleie 105-120, Gelbleie, in Rappen 40-50, Infarnatleie 45-55, Wundleie 160-190, Keyparas hiesiger Produktion 30-35, Zymothe 22-26, Geradella 13-15, Sommerweiden 15-16, Winterweiden 28-35, Peluchfen 16-17, Vittoriaerbsen 22-24, Felderbsen 20-22, grüne Erbsen 34-38, Pfefferbohnen 16-18, Gelbfen 42-50, Raps 36-40, Sommererbsen 44-50, Saatlupinen, blaue 8-10, Saatlupinen, gelbe 10-12, Leintuch 28-32, Safer 40-45, Blaumohn 115-120, Weizenmehl 115-125, Buchweizen Konsum 20-22, Hirse Konsum 18-20.

Danziger Getreidebörsen vom 21. November. (Nichtamtlich.) Weizen, 128 Pfd., 14,75, Roggen 9,30-9,55, Braugerste 10,10 bis 10,50, Futtergerste 9,00-9,75, Safer 8,50-8,65, Vittoriaerbsen 13,00 bis 16,00, grüne Erbsen 19,75-23,75, Roggenleie 6,15, Weizenleie 6,40, Weizenleie 6,70 G. per 100 kg frei Danzig.

Die Preise haben sich abgeschwächt. Roggen zum Export bringt 16,15 Zloty = 9,37 Gulden; am Konsum 16,50 Zloty = 9,57 Gulden per 100 kg franco Danzig.
Futtermittel fester.

Berliner Produktenbericht vom 21. November. Getreide- und Velloaten für 1000 Kq. ab Station in Goldmark: Weizen, märk., 77-76 Kq. 196,00-198,00, Roggen märk., 72-73 Kq. 155,00 bis 157,00, Braugerste 170,00-180,00, Futter- und Industrieerbsen 161,00-168,00, Safer, märk. 127,00-132,00, Mais -.

Für 100 Kq.: Weizenmehl 24,25-27,10, Roggenmehl 20,00-22,25, Weizenleie 9,40-9,75, Roggenleie 8,60-9,00, Raps -, Vittoriaerbsen 21,00-26,00, Rl. Speiseerbsen 20,00-23,00, Futtererbsen 14,00 bis 16,00, Peluchfen -, Ackerbohnen -, Widen -, Lupinen, blaue -, Lupinen, gelbe -, Cerradella -, Leintuchen 10,10-10,20, Trockenmittel 8,90, Soja-Extraktions-ichrot 10,30, Kartoffelflocken -.

Bei ruhigem Verlauf schwache Preisbildung.

Preisnotierungen